

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtnachricht
Lageblatt Rieser,
Sonntag Nr. 20,
Wochtag Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Bauamtsamts Reichen Schiffschiffers bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1550,
Strolache:
Rieser Nr. 22.

Nr. 257.

Donnerstag, 3. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Abgerufen ist die Nummer des Ausgabeblattes bis 9 Uhr vormittags aufgegeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibgröße (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restausgabe 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Unvollständiger Inhalt möglich, wenn der Betrag versäumt, durch Rings eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Spazierer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besorger der Druckerei — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goetheplatz 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Rieser.

Die gesetzliche Regelung des Strafvollzugs.

Der seit kurzer Zeit dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf über den Strafvollzug will eine Lücke in der heutigen Gesetzgebung des Deutschen Reiches ausfüllen. Für das Reich besteht zwar seit langem die allgemein gültige Strafvollzugs-Ordnung. Der Strafvollzug selbst aber ist heute noch nicht durch ein Gesetz für alle Länder Deutschlands gleichmäßig geregelt. Schon lange vor dem Kriege verlor das Reichsjustizministerium, ein Strafvollzugsgesetz in dem Parlament durchzubringen. Eine diesbezügliche Vorlage ging auch dem Reichstage zu, aber sie scheiterte an der Frage der großen Kosten. Um wenigstens einen einigermaßen gleichförmigen Strafvollzug in Deutschland einzuführen, behalt man sich damit, durch verbindliche Anordnungen der einzelnen Länder auf dem Wege von Verwaltungsmassnahmen die Durchführung des Strafvollzugs zu regeln. Im Jahre 1923 beschäftigte sich auch das Reichstag mit dem neuen Deutschland mit dieser Frage. Der Reichstag kam überein, im großen und ganzen die von den Länder-Regierungen vor dem Kriege beschlossenen Verwaltungsmassnahmen bestehen zu lassen, wobei man sich allerdings bemühte, diese etwas veralteten Massnahmen moderneren Gesichtspunkten anzupassen. So trat schon hier sehr stark die Besserungs- und Erziehungstendenz in Erscheinung. Über diese reformierten Verwaltungsmassnahmen der Länder konnten nur als Stichwort bemerkt werden. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Reichsregierung Vorarbeiten traf, um eine endgültige Regelung des Strafvollzugs auf dem Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen.

Der neue Entwurf eines Reichsgesetzes über den Strafvollzug ist ein recht stattlicher Band mit rund 330 Paragraphen. Das erste Buch dieses neuen Gesetzes will die Voraussetzungen regeln, die die Durchführung des Strafvollzugs zu bestimmen haben. Man hat sich bemüht, die Rechte des Vollstreckungsgerichts zu erweitern. In allen Fällen des Strafvollzugs, einer Unterbrechung der Strafvollzugs, soll nunmehr das Vollstreckungsgericht, dessen Zuständigkeit genau abgegrenzt wird, entscheiden.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes betreffen sich mit dem Vollzug der Strafe selbst. Diese neuen Bestimmungen enthalten große Abweichungen von den bisher gültigen alten Verwaltungsmassnahmen. Sie sind teils veraltend, teils beibehaltend, teils bestehende Gärten und Massnahmen, die der Tendenz der Besserungs- und Erziehungsaufgaben entgegenstehen, zu mildern oder einer modernen Auffassung des Strafvollzugs anzugleichen. Das Gesetz geht hier von der Notwendigkeit aus, an die Stelle bisher geltender Verwaltungsmassnahmen eine reichsgesetzliche Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen dem Verurteilten und dem Staate herbeizuführen. Beiden Teilen, dem Gefangenen sowohl wie dem Staate, werden ganz bestimmte Rechte, Pflichten und Aufgaben zugeordnet. Maßgebend ist auch hier der alte Grundsatz, wie er auch in den Verwaltungsmassnahmen festgelegt ist, daß der Vollzug der Freiheitsstrafe dazu dienen soll, die Gefangenen an Ordnung und Arbeit zu gewöhnen und sittlich so zu heben, daß sie nicht rückfällig werden. Also Erziehung und Besserung sollen oberster Grundsatz eines jeden Strafvollzugs sein. Das Gesetz will den süßen Einfluß der Wohnverhältnisse auf den einmalig Verurteilten infolge ausüben, als es die Unterbringung von Verurteilten über 25 Jahre, die noch nicht vorbestraft sind und auch keine Gewohnheitsverbrecher sind, in besondere Anstalten vorseht. Auch Verurteilte, denen von Gericht wegen einer geistigen Minderwertigkeit attestiert wird, Tuberkulose, sollen getrennt von den übrigen Gefangenen gehalten werden. Die alten Strafvollzugsarten des Zuchthaus, Gefängnisses und der Haft bleiben bestehen. Neu sind die Bestimmungen, die die bisherige Festungshaft reformieren wollen. Der Begriff der Festungshaft wird durch den Begriff der "Einschließung" ersetzt. Wenn auch den zur Einschließung Verurteilten gewisse Vorrechte gelassen werden, so sind doch die den Festungsgefangenen bisher zustehenden Rechte merklich beschnitten worden. Der sogenannte Stadtrudersaal fällt hier fort. Die Mindestzeit für den täglichen Aufenthalt im Freien wird von fünf auf zwei Stunden herabgesetzt.

Auch über die Arbeitspflicht des Gefangenen werden genau umgrenzte Bestimmungen erlassen. Arbeitspflicht besteht in allen Strafvollzugs-Kategorien. Während den zu Zuchthaus und zu Gefängnis Verurteilten ein Arbeitszwang auferlegt werden kann, wird den mit Haft oder Einschließung Belegten das Recht der Selbstbeschäftigung ohne weiteres zugestanden. Der Vertrag der Arbeit der Gefangenen fällt nach wie vor der Staatskasse zu. Eingegen verhalten die Strafanstalten auf die Haftkosten. Ein gewisser Bruchteil des Arbeitslohnes wird den Gefangenen aufgeschrieben. Sie können ihn während der Strafzeit verwenden oder erhalten ihn bei der Entlassung ausgezahlt. Eine wesentliche Neuerung bringen die Bestimmungen über den "Strafvollzug in Stufen": "In stufenweise steigendem Maße sollen Milderungen gewährt und so ein allmählicher Übergang in die Freiheit erreicht werden". Die Erziehungstendenz in diesen Bestimmungen liegt klar auf der Hand. Es ist anzunehmen, daß der vorliegende Gesetzentwurf ohne wesentliche Änderungen die Genehmigung des Reichstages finden wird.

Ankündigung von Vorschlägen zur Steuerentfaltung.

Abg. Berlin. Der Haushalts-Ausschuss des Reichstages setzte die

Beratung über die Befoldungsvorlage

mit der allgemeinen Aussprache zur Finanzlage des Reiches fort.

Abg. Pude (D. P.) betonte, daß seine Fraktion durchaus bereit sei, an der Erhöhung der Kaufkraft durch Erhöhung der Beamtengehälter mitzuwirken. Es müsse aber mit der gegenwärtigen Finanzpolitik Schluss gemacht und der Initiative der freien Wirtschaft wieder die Bahn geöffnet werden. Die Befoldungsvorlage könnte keine Partei nur annehmen, wenn ihrem Antrag entsprochen werde, den Etat für 1928 in den Ausgaben um 10 Prozent gegenüber 1927 zu vermindern.

Abg. Leicht (D. P.) bewies, daß der Reichsfinanzminister die Befoldungserhöhung ohne weitere Einnahmen durchführen könne. Vom neuen Finanzminister könne man sich weniger versprechen als von dem ersten Beamten der Gemeinden, Länder und Ämtern, zur eigenen Vereinfachung der Verwaltung beizutragen.

Abg. Dr. Gerk (Soz.) bedauert, daß die gegenwärtige Geldlosigkeit des Auslandes von Deutschland ungenützt blieb, zumal gegenwärtig ohne öffentliche Mittel die so dringend notwendigen Wohnungen nicht gebaut werden könnten. Bessere Veranlagung und Vereinfachung der Mängel des Bewertergesetzes sowie höhere Brantweinsteuerung würden unsere Einnahmen erhöhen. Der Wunsch, der getrieben werde, sei, daß wir auf dem Gebiete der Vermögensbesteuerung erheblich weitergehen könnten.

Abg. Dr. Fischer-Röll (Dem.) schlägt vor, einen Schatzungs-Ausschuss zur Prüfung der Steuern für 1927 und 1928 einzusetzen und verteidigte die Denkschrift des Bundes, wobei er bedauert, daß aus dem Wort "Finanzminister" ein Schlagwort geworden ist.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

verwahrt sich gegen den Vorwurf, als hätte er einen "fiktiven Etat" vorgelegt. Man brauche deshalb keinen neuen Ausschuss, um den Etat prüfen zu lassen. Der Minister erklärte, daß zur Zeit unter dem Restriktions-Druck über eine Entschuldungsoption zugunsten der schwerleidenden Landwirtschaft handelte. Von einer Inflationismus sei ihm aber in diesem Zusammenhang nichts bekannt. Die Forderungen aus der lex Brüning, die eine Senkung der Lohnsteuern verlangte, wolle er, der Minister, entschlossen ablehnen. An Steuererhöhungen seien am 1. April 1927 610 Millionen, am 1. Juli 550 Millionen vorhanden gewesen, von denen aber nur die Hälfte getrunken war, während die andere Hälfte ohne Stundung nicht bezahlt wurde. In der Steuerpolitik und Steuerrecht seien wir noch in einer Uebergangszeit. Es würden sich sicherlich diese oder jene Steuern noch anarbeiten, denn kleinere Steuern bedeuten Kosten. An der Denkschrift des Hansa-Bundes sei der Tenor gefällig, der so Klinge, als ob unsere Wirtschaft zusammenbräche. Von der Dringlichkeit einer Verwaltungsreform sei das Kabinett durchaus überzeugt. Steuerentlastungen durchzuführen, sei auch der Wunsch der Reichsregierung, und es würden darüber demnächst Vorschläge gemacht werden. Eine grundsätzliche Änderung des Liquidationschäden-Schuldengesetzes sei nicht beabsichtigt. Es schwebten zur Zeit noch

Verhandlungen über seine Finanzierung. Neue Vorschläge sollten auch auf dem Gebiete der Bigarettenbesteuerung gemacht werden.

Nachdem Abg. Lögler (Komm.) noch verlangt hatte, daß die notwendige Erhöhung der Beamtengehälter durch Besteuern und nicht durch Massensteuern auszufüllen und die Reichsüberweisungen an die Länder wieder auf 90 Prozent gesteigert würden, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Die heutige Beratung zum Befoldungsgesetz.

Berlin. (Funkpruch.) Nachdem der Haushalts-Ausschuss des Reichstages am Mittwoch die allgemeine Aussprache über die Finanzlage des Reiches beendet hatte, trat er heute Donnerstag in die Beratung des neuen Befoldungsgesetzes selbst und der damit verbundenen Entwürfe und Anträge ein. Zunächst entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob man das Erscheinen des Reichsfinanzministers oder eines Staatssekretärs und des Reichspostministers verlangen solle. Schließlich einigte man sich dahin, daß der Ausschuss sich die Ladung dieser Minister für eine spätere Beratung vorbehalte.

Abg. Eisenberger (D. P., Bauernbund) beantragte, die Durchführung der Befoldungserhöhung zurückzustellen und nur eine Hilfe für die unteren Beamten einzuführen.

Beschlossen wird, die Beamtenorganisationen zu hören, es soll sich aber keine Erörterung daran schließen. Geladen werden 14 Organisationen der Beamten, Instandhaltungsbeamten und der Kriegsbefehlshaber.

Vertretter Abg. Steinbock (Soz.) kritisiert den Inhalt der Vorlage. Das Erhöhungsgehalt müsse alsbald neu angeschaut werden. Die Regierung solle aber erst einmal eine gewisse Stabilität der Renten abwarten. Die unterschiedliche Behandlung der Bediensteten beim Wohnungszuschuss bringe gewisse Ungerechtigkeiten. Die neue Ordnung bringe den Dienern eine Verschlechterung. Die Ueberlastung über die Befoldungsgruppen sei sehr schwierig. Seiner Meinung nach sei die Befoldungsordnung von 1920 nicht so mangelhaft gewesen, daß sie hätte umgebaut werden müssen. So würden die Kämpfe um die Befoldung nicht ausfallen, sondern verhältnismäßig fortgesetzt werden. Als Abgeordneter solle er den Antrag, darüber abzusprechen, ob man von der Ordnung von 1920 oder der neuen Vorlage auszugehen solle.

Mitberichter Abg. Damer (D. P.) bittet um Aufklärung, weshalb für die Wehrmacht und die Polizei eine besondere Befoldungsordnung aufgestellt werde. Er fordert weiter Sicherheit für die Beamten der Reichsbahn, daß sie nicht schlechter als andere Beamten behandelt würden.

Die Entscheidung darüber, ob der Beratung die Vorlage zugrunde zu legen sei oder ob man von der Befoldung von 1920 ausgehe, wird auf Freitag vertagt.

Heute Besprechung mit den Organisationsvertretern.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushalts-Ausschuss des Reichstages hat die Vertreter der verschiedenen Beamten und Kriegsbefehlshaberorganisationen für nachmittags 2 Uhr eingeladen. Jeder der 14 Organisationsvertreter soll 20 Min. Redezeit haben. Die Abgeordneten werden Fragen stellen, eine Debatte findet aber nicht statt.

Die Beseitigung der Todesstrafe vom Reichstagsausschuss abgelehnt.

Der Reichstagsausschuss mit 17 gegen 11 Stimmen für Todesstrafe.

Abg. Berlin. Im Strafrechts-Ausschuss des Reichstages berichtete Abg. Emminger (D. P.) über die mit österreichischen Parlamentariern gepflogenen Besprechungen bezüglich einer gemeinsamen Strafrechtsreform und erklärte, daß vereinbart sei, am 15. oder 16. November in Wien eine freie österreichisch-deutsche parlamentarische Konferenz zwecks Herbeiführung einer Verständigung zu veranstalten. Reichsjustizminister Pergt erklärte seine Bereitschaft, die gemeinsame Arbeit der beiden Körperschaften zu seinem Teile zu unterstützen.

Die Sozialdemokraten brachten einen unveröffentlichten Brief Friedrich Adlers zur Kenntnis, worin Adler erklärt, das von ihm verübte Verbrechen könne nicht als Argument für die Todesstrafe gewertet werden, weil es unter dem Kriegszustande ausgeführt wurde.

In später Abendstunde wurde dann die Besprechung des Todesstrafen-Paragraphe in erster Lesung beendet.

Der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung der Todesstrafe wurde mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Für die Beseitigung der Todesstrafe stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und ein demokratisches Ausschussmitglied; dagegen gaben die Regierungsparteien und das andere demokratische Ausschussmitglied ihre Stimme ab.

Untersuchungen des Enquete-Ausschusses.

Berlin. (Telunion.) Der landwirtschaftliche Untersuchungsausschuss des wirtschaftlichen Enquete-Ausschusses hat sich mit den Fragen der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft beschäftigt und dazu eine Reihe von Sachverständigen aus der Praxis vernommen. Für die besonderen Untersuchungen der Einwirkung von Arbeitszeit und Arbeitslohn auf die Arbeitsleistung besteht im Enquete-Ausschuss außerdem ein besonderer Untersuchungsausschuss für Arbeitsleistung, der seine Untersuchungen unter dem Vorsitz des Professors Dr. Heyde-Riel vornimmt. Dieser Untersuchungsausschuss wird, wie uns mitgeteilt wird, seine Untersuchungen auch auf einzelne Betriebe in der Landwirtschaft erstrecken. Eine von diesem Ausschuss eingeleitete Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Wienhöck (deutschnational) gedenkt nach Beilegung entsprechender Vorarbeiten im Frühjahr nächsten Jahres mit den örtlichen Vernehmungen in verschiedenen Betrieben der Landwirtschaft zu beginnen.

Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichspräsident nahm heute den Vortrag des Reichskanzlers entgegen.

Die Beisehung des Prinzen Georg Wilhelm von Schönau.

Berlin. (Telunion.) Die Beisehung des tödlich verunfallten Prinzen Georg Wilhelm von Schönau-Carolath findet am 4. November in Gnadon statt.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 8. November 1927.

Wettervorhersage für den 4. November. Wetterteil von der Sächsl. Landeswetterwarte zu Dresden. Hoch keine wesentlichen Veränderungen des Witterungscharakters. Teils stark bewölkt mit etwas Regen, teils zeitweilig aufklarend. Mittl. Flachland mäßige, höhere Lagen ziemlich lebhafteste Winde aus westlichen Richtungen.

Daten für den 4. November 1927. Sonnenaufgang 6,57 Uhr. Sonnenuntergang 16,30 Uhr. Mondanfang 15,1 Uhr. Monduntergang —.

1875: Der italienische Maler Guido Reni in Bologna geb. (gest. 1642); 1847: Der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy in Leipzig gest. (geb. 1809); Der Dichter Gutzkow in Stuttgart gest. (geb. 1792); 1863: Der Meißner Mar. Hermann in Berlin geb. (gest. 1921); 1911: Deutsch-französisches Marokko-Abkommen; 1914: England übernimmt die Souveränität in Ägypten; 1924: Der französische Komponist Gabriel Fauré in Paris gest. (geb. 1845).

25 Jahre „Schubertbund“. Vor einem Vierteljahrhundert traten bewährte, langjährige und freudige Männer unter Herrn A. Blanckes Jugendlicher, benehelter Führung zusammen, um im reinen Quartettgesang das Volkstümliche zu pflegen und zu beugen. Im Laufe der Jahre, in denen mancher Chor aus den Niedertrüben des Lebens erlosch, hat die kleine Sängerschaft so manche erhebende Feste erlebt, manch lehrreiche Stunden schlummern in der Erinnerung, aber auch manch ernste Weile erklang am Grabe eines lieben Getreuen. Auch hat der unheilvolle Krieg das Band ein wenig gelockert; doch immer war es der verdienstvolle hochachtbare A. Blancke, der unter dem Motto „Im Gesange liegt die wahre Seele eines deutschen Mannes“, seine „Bündler“ aufzusammeln ließ, so daß sie am Sonnabend, den 5. November, in geschlossener Einheit ihr silbernes Jubiläum feiern dürfen. Möge es dem Gründer und Ehrenleitermeister A. Blancke, dem leider durch eine tödliche Krankheit seit einem Jahre den Gesang zu weiden aufgelegt ist, vergnügt sein, an diesem Feste mit Würde auf seine segensreiche Wirksamkeit in der Pflege des deutschen Männergesangs zurückzublicken und die Früchte seiner Saat zu ernten. Wir gratulieren ihm und dem „Schubertbund“ nochmals zu ihrem seltenen Feste und wünschen für die Zukunft ein herrliches „Glück auf“ zur Weiterarbeit an den edelsten Kulturwerten des deutschen Volkes. Sängerbund.

Deutscher Vortrag. Wie aus der Ankündigung im Anzeiger zu sehen ist, veranlaßt der Verein für Gesundheitspflege morgen Freitag abend im „Zeitiner Hof“ einen öffentlichen Vortrag. Der Bundesvorsitzende Paul Schirmer-Berlin spricht über: „Der Naturheilglaube. Was bedeutet er für Gesunde und Kranke, für Volk und Staat?“ — Der Eintritt ist frei.

Operetten-Gespel des Meißner Stadttheaters. (Direktion O. G. Wahlsam.) In neuer Einführungsnummer ging gestern abend im Operetten-Theater das alte gute Operette „Die Fledermaus“ — Musik von Johann Strauß — über die Bretter. Was ähnliche Aufführungen seit längerer Zeit hier nicht aufzuhaben gebracht haben, der gestrige war ein volles Haus bezeichnend. Damit war gleichzeitig der Beweis erbracht, daß das Publikum das Verlangen hatte, wieder einmal auch auf diesem Gebiete der Bühnenkunst etwas zu hören und zu sehen. Und die Theaterbesucher erlebten einen frohlichen Abend. Die Aufführung der altbekannten und immer wieder gern gehörten Straußschen Operette war textlich und musikalisch mit großer Sorgfalt und gutem Erfolg vorbereitet und vom Oberregisseur Fritz Schäffer Bühnenwirklich inszeniert worden, so daß man von einer sehr guten Wiedergabe sprechen darf. Die Operette gehört bekanntlich zu einer der wertvollsten. Sowohl die einseitigen Lieder als vor allem die prächtige Straußsche Musik können ihre Wirkung nicht verhehlen, zumal die Art der Ausführung durch das Orchester des Meißner Stadttheaters unter Leitung des Kapellmeisters Rudolph Bent volle Anerkennung verdient. Was nun die Darstellung und die gesanglichen Leistungen der Aufführung betrifft, so reichen diese auf einem großen Teile an anderer namhafter Bühnen heran, was mit Anerkennung für den Kapellmeister und den Direktor des Meißner Stadttheaters festzustellen werden darf. Der den mitwirkenden Künstlern gespendete warme Beifall berechtigt zu der Annahme, daß die Aufführung allgemein befriedigte. Eine ausgezeichnete Besetzung hatten die beiden weiblichen Hauptrollen erfahren. Beim Fiedler war als Solistinde darstellend und gesanglich sehr gwinndend. In der aparten Kostüme kam ihre ebenmäßige Figur gut zur Geltung; sie spielte mit Kunst und warmem Herzen, und gesanglich war sie dank ihres in allen Tagen klaren, gut gebildeten Soprans dominierend. Als Kammermädchen Adele war Meta Marja äußerst munter und temperamentvoll, ihre Stimme klang schön, die ganze Ausdrucksart war schelmisch, gewandt. Den Gesangslehrer Alfred spielte Adolf Deini. Seine Darstellung verriet Bühnenroutine, sein Organ ist kräftig, sein Tenor ausgiebig und klar. Ausgesprochen war auch Edu Urban als Gabriel von Eisenstein — Rolands Gatte — sein schauspielerisches sowie gesangliches Ausdrucksvermögen dramatisch-natürlich. Hilde Bach machte sich in der Solistrolle als Prinz Orlofsky vorzüglich; sie fand sich gut mit der Gesangspartie ab und charakterisierte das Benehmen dieses russischen Prinzen ganz interessant. Josef Schüb gelang die typische Auffassung des Gefährlichen in der prächtigen Champannerlaune vorzüglich. Paul Hornkebt stellte den Notar Dr. Falke mit geschickter Eleganz dar. Die komische Rolle des kochenden Advokaten Blind führte Hermann Schöber mit gutem Erfolge durch. In dem ergötlichen dritten fabelhaften Gefährlichen-Act entwickelte Fritz Schäffer als Gerichtsdiener Frosch ein reichlich Maß natürlicher urwüchsiger Komik und viel dadurch größte Heiterkeit hervor. Aber auch alle anderen mitwirkenden Damen und Herren waren auf dem hohen und führten ihre Rollen gut durch. Eine sehr willkommene Spende bot Trude Rosen vom Staatsopernballett in Wien; sie führte im 2. Akt den Sophistenwalzer „An der schönen blauen Donau“ auf, wofür sie herzlichsten Beifall erntete. Alles in allem eine wohlgelungene Aufführung.

Heimatliche Vorträge. Eine neue Vortragsreihe des Landesvereins Sächsischer Heimatklub wird in unserer Stadt abgehalten, die Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr in Hölzners Hotel beginnt. Der erste Abend ist dem Heimatklub-Raspel gewidmet. Dieser tolle, urwüchsige Geselle wird lustige Kapuzinertheaterstücke für jung und alt, für Kinder bis zu 90 Jahren zum Besten geben, die bei allen Zuhörern großen Jubel auslösen werden. Siebbarmonikspieler machen die Musik. Am zweiten Vortragsabend wird Herr W. Hoffmann, Uebungsleiter, über: „Ludwig Richter und das deutsche Haus“ sprechen und zur Erläuterung seiner Ausführungen viele hochinteressante, prächtige Bilder zeigen. Am dritten Vortragsabend wird Herr W. Hoffmann Vorstellungen geben, die sich überall, wo sie gegeben werden, regen Zuspruch erfreuen. Franziskus Nagler, der leitende Kirchenmusikdirektor, kommt am vierten Vortragsabend mit einem „Franziskus-Nagler-Abend“, in dem er aus seinen eigenen Werken Heimatgedichten vorlesen wird. Seine Gattin wird heimatische Lieder singen. Die Vortragsreihe besteht aus dem bekannten Schriftsteller und Heimatdichter Fritz Arnold Hübner, Dresden, mit seinem feinsinnig aufeinander abgestimmten Bildervortrag: „Sächsisches Kuriositätenkabinett“, unterhalten von einem geschmackvollen sächsischen

Zeitkritik, die den Menschen des 19. Jahrhunderts viel Spaß gemacht hat, wird er eine kaum zu schätzende von besonderem Interesse, in jeder Hinsicht aber erschütterndes Beispiel der Heimat in Ernst und Ebers heraufzuführen. — Eine prächtige Vortragsreihe wird geboten, mit Liebe zusammengebracht; sie soll Erbauung und Freude bringen. Der Heimatklub hofft, daß ein reicher Besuch seine Bemühungen lohnt. — Was Näheres über die Veranstaltungen ist aus dem Inserat in der heutigen Nummer ersichtlich.

Polizeibericht. (Berichtigung.) Der in der Diamantausgabe des Rieser Tagesblattes im Polizeibericht als abhanden gekommen gemeldete Geldbetrag ist 105 Mark, nicht, wie angegeben, 10 Mark.

Vorführung der Siemens-Schuckert-Rotorbodenstrassen. Die Baumschlusser Paul Gausler, Dresden-Kohlitz, hat sich entschlossen, den höchsten Interessenten das neueste Modell der Siemens-Schuckert-Rotorbodenstrassen vorzuführen. Die Veranstaltung findet laut Anzeige in vorliegender Tagesblattausgabe Sonntag, den 5. November 1927, vorm. in den Anlagen des Herrn Alfred Böse, Straßla a. Elbe, hinter der landwirtschaftlichen Genossenschaft an der alten Rieser Straße statt. Es liegt im Interesse des Gartenbauers und der Bauwirtschaft, sowie sonstiger Interessenten, sich von den Leistungen der Maschine anlässlich der Vorführung zu überzeugen.

Sozialdemokratischer Antrag wegen der Lehrkräfte in der Landespolizei. In der Landesversammlung der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Antrag eingebracht: „In der Landespolizei in Riesa sind Mitte Oktober 1927 die Lehrer für das beginnende Unterrichtslehrer bestimmt worden. Dabei wurde der Unterricht in der Staatsbürgerkunde zwei extrem rechtsgerichteten Lehrern übertragen. Ein Lehrer ist Mitglied des Stahlbundes und Mitglied einer deutsch-nationalen Organisation, der andere Lehrer ist Vorsitzender des Altsächsischen Verbandes. Beide sind Mitglieder des Neuen Sächsischen Lehrervereins. Der Vorstand wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß in der republikanischen Landespolizei nur Lehrkräfte beschäftigt werden, deren republikanische Gesinnung außer allem Zweifel steht und daß im besonderen beim Staatsbürgerlichen Unterricht nachdrücklich auf die Festigung der republikanischen Treue innerhalb der Polizeibeamtenschaft hingewirkt werde, dem Landtage die Vorschläge des Unterrichts für Mannschaften und Offiziere der gesamten Polizei vorzulegen.“

Abschluss der Hindenburgspende. Am 31. vorigen Monats ist die Sammlung der Hindenburgspende endgültig abgeschlossen worden, um dem Reichspräsidenten die Möglichkeit der weiteren Entschlüsselung über die Verwendung der Mittel zu geben. Es ist nötig, die ausstehenden Beiträge in den ersten Novembertagen abzuliefern. Die Vereine usw. die numerierte Einzahlungslisten für kleinere Beträge auf ihren Wunsch erhalten, werden ersucht, diese Listen umgehend zurückzugeben. Bei der großen Zahl der Listen ist es nicht ausgeschlossen, daß ein Teil sich der Entlassung zunächst entzieht. Um diesen Teil möglichst gering zu halten und damit allen berechtigten Vorkämpfern der Helfensaktion zu begnügen, ist dringend dafür zu sorgen, daß Landesvereine, Behörden und Geschäftstellen für die Sammlungsarbeit wirken, daß die Ablieferung schnellstens durchgeführt wird.

Die Zählung am 1. Dezember. Das Wirtschaftsministerium veröffentlicht in der Sächsischen Staatszeitung eine Verordnung betreffend die Durchführung der allgemeinen Wohnzählung am 1. Dezember dieses Jahres im Freistaat Sachsen. Die Zählung erstreckt sich auf die Zahl der wohnhaften Hausbewohner, Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Federvieh, Bienenstöcke und der nicht bewohnten Hausgebäude.

Antrag auf Änderung des Mietrechts. Die demokratische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung und bei der Aufhebung oder Lockerung der Zwangsrenten für eine grundsätzliche Änderung des allgemeinen Mietrechts dringend einzutreten, daß dem Vermieter, der seine Verpflichtungen gegenüber dem Mieter erfüllt und insbesondere eine angemessene Miete zahlt, nur dann gekündigt werden darf, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt.“

Kartenausgleich für Kriegsbeteiligte und Kleinrentner. Auf Klagen aus Kreisen der Kriegsbeteiligten und Kleinrentner, daß die Wohnflächensteuer entgegengesetzt der auf der Aufwertungsteuer entfallenden Gärten mit der Begründung abweisen, daß Mittel dafür nicht zur Verfügung stehen, hat die Volksrechtspartei eine kleine Anfrage über den Landtag an die Regierung gerichtet. In ihrer Antwort weist die Regierung auf ihre Verordnung vom 20. Oktober 1926 hin, nach welcher die Kriegsbeteiligten und Kleinrentner in den Fällen, wo Kriegsbeteiligte und Kleinrentner als Mieter in früher schuldensfreien Räumen 90 Prozent der Friedensmiete an den Hausbesitzer zahlen müssen und infolgedessen ungenügend leben als solche Mieter, die in anwertungsrechtlichen Gebäuden wohnen, weil die Aufwertungsteuer unterliegtigen Kriegsbeteiligten und Kleinrentner erlassen wird, durch erhöhte Unterstützung einen Ausgleich zu schaffen. In Fällen der allgemeinen Fürsorge ist nach der Verordnung der Regierung von den Bezirksfürsorgeverbänden entsprechend zu verfahren. Unter dem 30. April 1927 hat die Regierung die Bezirksfürsorgeverbände erneut auf die Verordnung vom 20. Oktober 1926 hingewiesen. Da die Bezirksfürsorgeverbände behaupten, daß ihnen zur Durchführung dieser Fürsorge Mittel nicht überlassen seien, so sei darauf hingewiesen, daß den Bezirksfürsorgeverbänden zur Abgeltung ihrer Verpflichtungen durch Erhöhung der Unterstützung 1 Prozent der erhöhten Aufwertungsteuer überlassen worden ist. Wenn also Kriegsbeteiligte oder Kleinrentner über ungenügende Verhältnisse dieser geredeten Forderung klagen zu führen haben, so ist ihnen anheim zu geben, sich sofort an die Besorgerbeauschüsse ihrer Bezirksfürsorgeverbände zu wenden.

Aus dem Landtagsausschüssen. Der Prüfungsausschuss des Landtags beschäftigte sich in seiner Sitzung mit einer großen Anzahl Eingaben, die die verschiedensten Angelegenheiten betrafen. U. a. hatte sich das Personal der Sächsischen Porzellanmanufaktur Meißen mit einem Gesuch um Neuverteilung der dortigen Pensionisten an den Landtag gewandt. Da die Regierung erklärte, daß zur Regelung der Pensionisten in aller nächster Zeit dem Landtage eine Vorlage zugehen werde, die den Hauptausgang der Angelegenheit wird, wurde die obliegende Beratung der vorliegenden Eingabe dem Hausparlament überlassen.

Berufung. Oberbürgermeister Dr. W. H. H. Dresden ist auf Vorschlag des Reichsrates von dem Herrn Reichsarbeitsminister in den Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berufen worden.

Von der Universität Leipzig. Der Rektor an der Universität Kopenhagen Dr. Werner Heisenberg ist vom 1. Oktober 1927 ab zum ordentlichen Professor der theoretischen Physik in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

Beförderung. Der Bundeskommandant von Sachsen, Oberst Fischer, ist zum Generalmajor befördert worden.

Aus dem Gemeinamen Ministerialblatt. Das Gemeinamen Ministerialblatt Nr. 16 vom 20. Oktober enthält u. a. Bekanntmachungen über den Geschäftsverkehr in der Sächsischen Staatsbahn, über den unentgeltlichen Druckvertrieb, die Antwortverträge zur Gründung einer Staatsbahn und über die Entscheidung des Tarifauschusses zum Tarifvertrag für die sächsischen Verwaltungsbeförderer.

Der Reichsminister für Arbeitslosen. Die öffentlichen Arbeitsnachweise im Freistaat Sachsen werden in der nächsten Zeit den Arbeitslosen Merkblätter auszugeben. Um den besonderen dringlichen Verhältnissen und den verschiedenen Anordnungen der Arbeitsämter nicht vorzugreifen, hat das Bundesamt für Arbeitsvermittlung allgemeine Richtlinien gegeben, die bei der Ausstellung der Merkblätter beachtet werden sollen. Danach sollen die Merkblätter genaue Angaben der Kontrollstellen und Kontrollstellen, der Sachstellen und Sachstellen enthalten. Ferner soll der Arbeitslose auf die Zulässigkeit der Unternehmenseinleitung, auf die Strafbarkeit von falschen Angaben und eigenmächtigen Eintragungen und Eintragungen in die Kontrollstellen aufmerksam gemacht werden. Auch soll auf die Verpflichtung zur Angabe jedes, auch nur durch Gelegenheitsarbeit erzielten Verdienstes, auf die Zulässigkeit von Hilfsarbeiten gegenüber Arbeitslosen unter 21 Jahren oder Arbeitslosen, die besonders hingewiesen werden. Sächsisch werden die Merkblätter genaue Angaben über die Sozialversicherung, die zulässigen Rechtsmittel und besonderen Strafbestimmungen enthalten.

Der Kündigungsschutz für ältere Angestellte. Dem Prokuristen einer Firma in Riesa war im Oktober 1927 gekündigt worden. Er klagte am Arbeitsgericht auf Grund des Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte vom 2. Juli 1926 auf halbjährige Kündigung zum 31. März 1928. Die Beklagte wandte ein, daß der Kläger seit 1. April 1926 bei ihr in Diensten stehe und daher die Kündigung nicht gewährt sei, wie sie das Handelsgesetzbuch vorschreibt. Wohl sei der Kläger früher vier Jahre in ihren Diensten gewesen, doch sei auch dieses Arbeitsverhältnis mit der damals geschlossenen Kündigung ordnungsgemäß gekündigt worden. Der Kläger führte aus, er sei bei der Firma 41 Jahre mit einer Unterbrechung von Mai 1925 bis Ende März 1926 tätig gewesen. Auf Eruchen der Firma sei er dann wieder eingetreten. Im Besonderen zum Schutz älterer Angestellter habe es die Angestellte auf eine sechsmonatliche Kündigung Anspruch haben, die zwölf Jahre in einem Betriebe tätig seien. Das Gericht verurteilte die Beklagte laut dem Klageantrag und legte in der Begründung: Die kurze Unterbrechung des Dienstverhältnisses im Verhältnis zur langen Beschäftigungsdauer könne vorliegend nicht in die Waagschale fallen. Das Gesetz sage auch nicht, daß die Fristen, die eine längere Kündigungsfähigkeit bedingen, als die im § 66 G.B.G. vorgegebenen, ununterbrochen sein müßten.

Brieftelegrame im Verkehr mit Sugenburg. Vom 1. November an werden zwischen Deutschland und Sugenburg Brieftelegrame ausgetauscht. Die Gebühr beträgt 60 v. H. der Gebühr für ein gewöhnliches Telegramm; dabei ist eine Mindestgebühr für zwanzig Wörter zu entrichten. Die Brieftelegrame müssen vor der Abfertigung den gebührenpflichtigen Vermerk „B“ tragen. Zugelassen sind abgekürzte Anschriften, die Vorausbestellung der Antwort und die besonderen Vermerke „Vollgarn“, „Telegraphenlager“ und „Bahnlager“. Eine Gebührensicherung findet in keinem Falle statt, im übrigen gelten dieselben Bedingungen wie für Brieftelegrame des inländischen Verkehrs. Nähere Auskunft erteilen die Verkehrsstellen.

Die Stellung des Bezugs in der Arbeitslosenversicherung. Bekanntlich ist am 1. Oktober d. J. das Reichsgesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten. Nach diesem Gesetze ist versicherungspflichtig, wer auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Reichsversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes für den Fall der Krankheit pflichtversichert ist und der Krankenversicherungspflicht aus dem Grunde nicht unterliegt, weil er die Verbleibensdauer der Krankenversicherung, die 2. H. sich auf 3000 Mark stellt, überschritten hat. Danach sind also alle Arbeiter, Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge, Auszubehilfen, Werkmeister und Handlungsgelhilfen grundsätzlich versicherungspflichtig. Nur die Besondere machen eine Ausnahme. Sie können von der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung befreit werden, wenn ein schriftlicher Vertrag mit mindestens zweijähriger Dauer vorliegt. Zum Zwecke der Befreiung muß ein entsprechender Antrag an die zuständige Stelle, das ist in diesem Falle die Krankenkasse, gerichtet werden, und dem Antrag ist der Vertrag beizufügen. Die Befreiungsfreiheit des Beitrags erlischt sechs Monate vor dem Tode, an dem das Vertragsverhältnis normalerweise endet, so daß für die letzten sechs Monate die Versicherungspflicht und damit die Beitragsleistungspflicht wieder Platz greift. Für den Fall, daß der Vertrag keine Verlängerung wechelt, kann auch bei dem zweiten Wecheln die Befreiungsbefreiung erlöschen; vorausgesetzt ist jedoch hierbei, daß die allgemeinen Voraussetzungen der zweijährigen Vertragsdauer dieselben geblieben sind.

Kranke Reisende auf der Reichsbahn. Um älteren, geschwächten oder kranken Reisenden das Ein-, Aus- und Umsteigen zu erleichtern, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft angeordnet, daß die Zugführer und Schaffner sich solcher Personen besonders annehmen haben. Das Personal soll diese Körperlich behinderten Reisenden in jeder Weise beim Ein-, Um- und Aussteigen behilflich sein und wird sie auf Umkleekabinen an den Aufschlagsstellen des Bahnhofs oder des Schaffner des Anschlussausgangs verweisen. Die Reichsbahndirektionen werden auf den Bahnhöfen, wo Kranke und Verletzte häufig ein- und aussteigen, also besonders in Badewagen, Erholungsstätten usw., leicht raubare Treppen (Trittsufen) beschaffen.

Weg der Kraftfahrer über die Weisungen unterrichtet sein? Ein Amtsgericht hatte einen Kraftfahrer bestraft, der an einem Sonntag eine geperrte Straße benutzte, obwohl der Angeklagte behauptete, von der Steuerung der betreffenden Straße keine Kenntnis gehabt zu haben. Das Amtsgericht führte in seiner Urteilsbegründung aus, den Angeklagten treffe als Kraftwagenführer die Verpflichtung, sich über die Straßen genau zu unterrichten, die am Sonntag und Feiertagen für den Kraftfahrzeugverkehr gesperrt sind; es liege ein solcher Verstoß vorliegend darin, daß er sich diese Kenntnis nicht verschafft habe. Die Sache ging an das Oberlandesgericht, und dieses hob diese Entscheidung auf. In der Begründung führt das Oberlandesgericht aus, es liege dem Kraftfahrer eine schlechterdings nicht erfüllbare Verpflichtung auf, wenn man von ihm verlangen wollte, daß er sich von allen derartigen Verkehrsvorgängen im ganzen Deutschen Reich oder auch nur in einem bestimmten Bezirk Kenntnis verschaffen und sie auch im Gedächtnis behalten solle. Die Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr schreibt ausdrücklich vor, daß auf derartige Verbot und Beschränkungen, die Steuerung von Straßen für den Sonntagverkehr, durch Warnungstafeln hinzuweisen sei. Die Verkehrsregeln seien daher das Vorhandensein von solchen Warnungstafeln als Strafverurteilung an. Aus diesem Grunde könne sich der Angeklagte mit Recht damit verteidigen, daß er eine Verkehrsregel nicht gekannt habe.

Feier an den deutschen Kriegergräbern in Paris.

X Paris. Auf dem Pariser Friedhofe Bagneux-Montrouge fand gestern an den deutschen Kriegergräbern eine Gedächtnisfeier statt, in deren Verlauf Vorkämpfer u. a. in dankbarer Erinnerung der Toten gedachte, die in Frankreichs Erde bestattet sind. Auch im Verlaufe dieses Jahres, so führte der Vorkämpfer aus, ist eine umfangreiche Arbeit geleistet worden, um im Einklang mit den unabhängigen französischen Stellen den deutschen Gräbern in Frankreich ein würdiges Aussehen zu geben. Mehrere deutsche Friedhöfe auf französischer Erde sind vollständig instandgesetzt und mit neuen Grabsteinen versehen worden. 23 Friedhöfe im Gebiet der Somme und an der Maas sind auf Kosten des Volksbundes für deutsche Kriegergräber mit Baumalleen bepflanzt worden. Die Fürsorge hat sich auch auf die Kriegerdenkmäler, die während des Krieges von unseren Truppen in Frankreich errichtet worden waren. Ein Teil von diesen Denkmälern ist von uns bei der Umbettung ausgegebener Friedhöfe nach den neu angelegten Sammelfriedhöfen überführt worden. Andere Denkmäler, die zerstört oder beschädigt waren, wurden wieder instandgesetzt. Dabei hat sich auch die Möglichkeit ergeben, die Kriegerdenkmäler aus der Zeit von 1870/71 in der Umgebung von Paris wiederherzustellen und an ihren alten Stellen wieder zu errichten. Der Vorkämpfer stellte fest, daß in den letzten Jahren der Besuch der deutschen Kriegergräber in Frankreich durch Angehörige aus der Heimat stark zugenommen habe. Trotz aller Weisungen bleibe doch noch manches zu tun übrig. Er sei mit den unabhängigen deutschen und französischen Stellen weiterhin bemüht, nach Möglichkeit das hohe Ziel der Sicherung und Ausschmückung der deutschen Totenstätten zu erreichen. Vorkämpfer v. Doehle hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß in diesem Jahre die Zahl der Deutschen, die zur Ehrung der auf den Schlachtfeldern Gefallenen eingetroffen sei, sich wesentlich erhöht habe. Als ein Ereignis von besonderer Bedeutung führte er die Wiedereröffnung der deutschen evangelischen Kirche in Paris an und fügte hinzu, daß Reichspräsident von Hindenburg, an dessen 80. Geburtstag die Kirche wieder eröffnet wurde, ihn erlucht habe, der deutschen Kolonie in Paris für die Ehrung, die man ihm hierdurch zuteil werden ließ, wärmsten Dank auszusprechen.

Nach seiner Rede, in der er die Hoffnung aussprach, daß auf dem Wege der friedlichen Wiederaufrichtung Deutschlands und des Ausgleichs unter den Völkern auch ferner Fortschritte zu verzeichnen sein mögen, legte der Vorkämpfer namens der Deutschen in Paris einen Kranz nieder. Für die deutschen Frauen wurde ein Kranz von Frau Gesandtschaftsrat Niefer niedergelegt. Auch eine ganze Reihe anwesender Deutscher legte ebenfalls Blumenpenden nieder.

Protest gegen die Auflösung des Rattowitzer Stadtparlamentes.

X Rattowitz. Der deutsche Volksbund hat, wie angekündigt, wegen der Auflösung des Rattowitzer Stadtparlamentes beim Reichsausschuss in Rattowitz Protest eingelegt. Die Beschwerde richtet sich gegen den Vorwiderstand und gegen den Wahlprüfungsbescheid, die zu ungunsten der deutschen Minderheit das Ermächtigungsgesetz vom 11. 5. 1927 angewandt hätten. Die deutsche Minderheit hat, so heißt es weiter, in freier Wahl im Rattowitzer Stadtparlament von 20 Sitzen 14 erhalten. Dieses Verhältnis ist bei der Zusammenlegung der kommunikativen Verwaltung nicht berücksichtigt worden, und dadurch, daß man den Deutschen von 15 Sitzen nur 5 eingeräumt habe, sind sie gewalttätig in die Minderheit gedrückt worden. In der Einrede wird die sofortige Aufhebung des Beschlusses vom 29. 10. 1927, die Zusammenlegung der kommunikativen Verwaltung in der Weise gefordert, daß die Deutschen im Verhältnis der früheren Stimmen im Stadtparlament eine angemessene Vertretung finden. Außerdem wird daran erinnert, daß alle Eingaben gemäß der sog. Verfahrensordnung innerhalb 20 Tagen dem Präsidenten der gemischten Kommission unterbreitet werden müssen.

Die deutschen Sozialdemokraten und die kommunikativen Verwaltung in Rattowitz.

X Rattowitz. (Funktspruch.) Die deutsche Sozialdemokratie, die mit 2 Sitzen in der kommunikativen Verwaltung der Stadt Rattowitz vertreten ist, hat sich dem Schritt der deutschen bürgerlichen Parteien nicht angeschlossen. Sie gibt heute eine Erklärung bekannt, in der es heißt: daß sie die Stellungnahme der deutschen Volksgemeinschaft zwar verständlich finde, sich ihr aber selbst aus parteipolitischen Gründen nicht anschließen könnte.

Bolonté über die Kriegsschuldfrage.

X Paris. Die Bolonté beschäftigt sich mit den Betrachtungen, die die Rede des Reichskanzlers Marx in Gené ausgeführt hat, und schreibt: Es ist bedauerlich, daß diese Rede nicht besser und unparteiischer von der französischen Presse beurteilt worden ist. Die Schroffheit, die man zum Ausdruck brachte, war weder geschickt noch berechtigt; sie wird in Berlin eine begriffliche Reaktion auslösen. Aber sobald ein deutscher Staatsmann gegen die Kriegsschuldfrage, glauben die meisten unserer Kollegen, daß es unerlässlich sei, die schwärzen Proteste zu erheben; tatsächlich jedoch hat der Reichskanzler über diesen heiklen Gegenstand eine Erklärung von höchstem Interesse abgegeben. Die Revision des einseitigen Urteils von Versailles ist für Deutschland eine Ehrensache. Es handelt sich also nicht um ein taktisches Manöver zum Zweck, die materiellen Verpflichtungen zu verlegen. Diese Behauptung ist wesentlich. Die Annahme einer Enquete wäre also für Frankreich und für seine Kampfgemeinschaft eine Frage der Ehre und der Würde. Ist doch im Jahre 1919 die Angelegenheit keineswegs als im indischen behandelt worden, sondern als ein aufgeworfenes Verdict. Diese Methode mag vielleicht nach dem Siege unvermeidlich gewesen sein, sie ist aber zehn Jahre nach dem Konflikt ebenbürtiger Weise nicht mehr annehmbar.

Wilhelm Bohn gestorben.

X Berlin. Herr Wilhelm Bohn, der mehr als 50 Jahre in der Böhmen-Abteilung von Volks-Telegraphischem Büro tätig war und seit einigen Jahren hier im Ruhestand lebte, ist gestern nacht im Alter von 78 Jahren gestorben.

Die Unfähigkeit in Südserbien.

X Belgrad. In der Nacht vom Montag zum Dienstag erschah eine Schildwache, die vor einem Munitionslager in der Nähe der Stadt Strumica in Südserbien Wachen stand, eine sich trotz des Schießens nähernde, verdächtige Person.

Weitere Aussprache über das Reichs-Schulgesetz.

Der status quo an den öffentlichen Volksschulen.

da. Berlin. Im Rahmen der im Bildungsausschuss des Reichstages fortgeführten allgemeinen Aussprache über das Reichsschulgesetz leitete der hessische Vertreter, Ministerialrat Dr. Schwarz, namens seiner Regierung den Schulgesetzentwurf als verfassungswidrig ab.

Dann gab Ministerialrat Müller vom Reichsministerium des Innern eine ausführliche Uebersicht über die Rechts- und die tatsächliche Lage an den öffentlichen Volksschulen in den verschiedenen deutschen Ländern. Danach ist hauptsächlich zu unterscheiden zwischen Ländern mit konfessionell stark gemischter Bevölkerung, in denen mehr als ein Viertel der die Volksschule besuchenden Kinder nicht dem jeweiligen Mehrheitsbekenntnis angehört, einer Gruppe, zu der Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Oldenburg gehören und zwischen Ländern, die eine konfessionell wenig gemischte, überwiegend evangelische Bevölkerung haben. Zu dieser Gruppe gehören die übrigen deutschen Einzelstaaten, also Sachsen, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Im Einzelnen ist in Baden und in Hessen die Gemeinschaftsschule gesetzlich als Regelschule eingeführt worden, wenn auch nicht als einzige Schulform. Bei dem Unterricht in der Religion sind die Kinder konfessionell getrennt.

In Preußen wird bei der Wahl der staatlichen Schulaufsichtsbeamten, soweit möglich, auf die Art der ihnen unterstehenden Schulen Rücksicht genommen, ohne daß aber eine Abgrenzung der Schulaufsichtsbezirke nach der konfessionellen Zusammenlegung der Volksschulen stattfindet. In Bayern sind nach der gegenwärtigen Rechtslage die Volksschulen reaktmäßig konfessionelle Schulen. Die Lehrkräfte müssen nachweisen, daß sie eine dem Charakter der Konfessionsschule entsprechende Ausbildung erhalten haben und bereit seien, in zuverlässiger Weise in der katholischen Religionslehre zu unterrichten und im Geiste des katholischen Glaubens zu erziehen. In Württemberg besteht seit mehr als 100 Jahren eine ganz- und durchgeführte Bekenntnisschule. Ähnlich liegt es in Oldenburg, wo zurzeit übrigens noch drei Schulgesetze gelten und zwar das für das Herzogtum Oldenburg, das für das Fürstentum Lüneburg und das für das Fürstentum Birkenfeld. In Sachsen besteht seit gesetzlich eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule, in der der Religionsunterricht nach Bekenntnissen getrennt erteilt wird.

Die braunschweigischen Volksschulen sind Bekenntnisschulen, während es dagegen in Thüringen — neben einigen wenigen katholischen Bekenntnisschulen — jetzt rechtlich nur noch Gemeinschaftsschulen gibt. Die Lippe'sche Volksschule

trägt einerseits gewisse konfessionell-protestantische Blige, trägt aber andererseits Anklänge an Merkmale der Gemeinschaftsschule.

In Schaumburg-Lippe trägt das Volksschulgesetz vom 4. März 1875 deutlich die Kennzeichen der Gemeinschaftsschule. In Hamburg hat nach dem Gesetz von 1870 nicht die Absicht bestanden, der Volksschule den ausschließlichen Charakter einer Bekenntnisschule zu geben. In Bremen gibt es die für alle Kinder gemeinsame Volksschule ohne konfessionelle Bindung. In Lübeck ist im Gegensatz zu Hamburg die Einführung von Religionsunterricht als ardentlicher Bedarf für die nichtevangelische Minderheit nicht vorgesehen. Beide Mecklenburger haben ihre Schulen als evangelische bezeichnet.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß weder der Charakter der Bekenntnisschule, noch der der Gemeinschaftsschule in den einzelnen deutschen Ländern einheitlich ist. In Preußen jedenfalls, wo die Bekenntnisschule ebenfalls Regelschule ist, ist nach den Belegen der Ausbreitung „evangelische“ oder „katholische“ Schule nicht üblich. Die Zahl der Schüler in den öffentlichen Volksschulen Deutschlands ist seit 1921 um rund 25 Prozent zurückgegangen, die der Schulen kaum um 1,5 Prozent. Die Verminderung der Lehrkräfte beträgt rund 7 Prozent. Die Zahl der Schüler, die entweder „sonstige Christen“ sind oder einer anderen Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft angehören oder gar keiner Gemeinschaft, hat sich um rund 20 Prozent vermehrt. Die Steigerung der Lehrkräfte beträgt hier sogar nahezu 92 Prozent. Unten 42 985 Bekenntnisschulen und 9 778 gemeinsame Schulen. Nachdem nochmals die Vertreter aller Parteien das Wort genommen hatten, ohne jedoch neue Momente in die Debatte zu bringen, wurden die weiteren Beratungen auf Donnerstag vertagt.

Boltparteiliche Forderungen zum Reichsschulgesetz.

X Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat durch ihre Vertreter im Bildungsausschuss dem Reichsminister des Innern ihre Wünsche für die Gestaltung des Schulgesetzentwurfs in schriftlicher Form zur Kenntnis gebracht. Man rechnet der „D. V. Z.“ zufolge in den Kreisen der Koalition damit, daß auf Grund der nächsten offiziell formulierten volksparteilichen Wünsche die Kompromißverhandlungen über die wesentlichen Teile des Schulgesetzentwurfs beginnen können. Die Erfolgswahrscheinlichkeit dieser Verhandlungen würden durchaus positiv bedingt, weil man sich bewußt sei, daß der Wille zur Fertigstellung des Schulgesetzes bei den Parteien der jetzigen Koalition durchaus vorhanden und die Möglichkeit für eine Einigung auf einer mittleren Linie durchaus gegeben sei.

Die Organisation der Reparationsfragen.

da. Berlin. Seit mehreren Tagen wird in der Presse die angelegte Absicht der Reichsregierung, einen besonderen Reichskommissar für die Behandlung der Reparationsfragen mit dem Reparationsagenten zu betrauen, besprochen, und es werden schon Personennamen für diesen Posten angeführt. Allen diesen Vermutungen gegenüber wird nunmehr von maßgebender Stelle erklärt, daß niemals die Absicht gewesen sei, ein Reichskommissariat für die Reparationsangelegenheiten zu schaffen. Es ist vielmehr nur erwogen worden, ob man nicht in ähnlicher Weise, wie im Reichsministerium des Innern die Ostfragen zusammengefaßt werden sollen, so auch im Reichsfinanzministerium eine bestimmte Stelle mit der einheitlichen Vertretung der Reparationspolitik gegenüber dem Reparationsagenten betrauen soll. Ueber die Personfrage läßt sich im Augenblick noch nicht das mindeste sagen, weil die Sache selbst noch nicht entschieden ist. Wenn ferner wiederum die Frage einer Veröffentlichung des Memorandums des Reparationsagenten aufgeworfen wird, so ist auch darüber zurzeit noch keine Entscheidung getroffen. Sollte das Memorandum veröffentlicht werden, was natürlich nur mit Zustimmung des Reparationsagenten geschehen könnte, so würde selbstverständlich nur eine Veröffentlichung des Memorandums in Verbindung mit einer deutschen Denkschrift in Frage kommen können. An der Erledigung der Reparationsangelegenheiten sind bekanntlich das Reichsfinanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsministerium des Inneren beteiligt, die Federführung aber hat das Finanzministerium inne. Es hat sich ergeben, daß der Reichsfinanzminister nicht immer in der Lage ist, die notwendigen Vorbereitungen mit dem Reparationsagenten durchzuführen; aus diesem Grunde haben die Erwägungen darüber künftighin, ob im Rahmen des Reichsfinanzministeriums eine besondere Referentenstelle für die Reparationsangelegenheiten, oder wie man es nennen will, errichtet werden soll, um die Reparationsfragen klarer zusammenfassen zu können.

Die heutige Besprechung verschoben.

Berlin. Die für heute Donnerstag vorgesehene interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien im Reichstag ist, wie das Nachrichtenbüro des R. D. Z. hört, auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Italienisch-spanische Annäherung?

Die letzten italienischen Presseausführungen, die sich für eine entschiedene Annäherung an die spanische Politik einsetzen, ergeben zum mindesten den unabweisbaren Beweis dafür, daß die bekannte italienische Blotendemonstration in Tanger nur gegen Frankreich gerichtet war und nicht gegen Spanien, das schließlich auch bei der Regelung der Langer-Frage unter Ausschaltung Italiens beteiligt ist. Wenn es sich hier auch nur um unverbundene Presse-Aussäufungen handelt und nicht um offizielle Erklärungen der Regierung, so deuten doch ganz bestimmte Anzeichen darauf hin, daß diese Artikel der italienischen Presse nicht ganz unbegründet von offizieller Stelle gewesen sind. Die ganze Konstellation auf dem Mittelmeere deutet auf eine bewußte Annäherung der Politik Mussolinis an die Absichten Spaniens hin. Auch die Unterredungen Chamberlains mit Mussolini und mit Primo de Rivera sind Tatsachen, die diese neue Konstellation nur klären können. Die spanische Zeitung „Sol“ versucht zwar, die von der italienischen Presse betonte Solidarität der Mittelmeermächte als übertrieben hinzustellen, warnt zwar vor einer Allianz Spaniens mit Italien mit einem deutlichen Hinweis auf die bestehenden Schwierigkeiten zwischen Rom und Paris. Aber es dürfte wohl kaum anzunehmen sein, daß diese Warnung einer Inspiration aus den Kautsituationen der Madrider Regierung ihr Leben

verdankt. In Madrid, wenigstens in den offiziellen Kreisen der Regierung, begrüßt man anerkennend diese betonte Annäherung Italiens, allerdings nicht Mussolinis, sondern mehr aus der Erkenntnis, daß die Möglichkeit eines engeren Einvernehmens Spaniens mit Italien Frankreich zu den verlangten Jugendschritten in der Langerfrage führen könnte. Was alles zu der Ueberzeugung führen muß, daß diese italienisch-spanischen Freundschaftsbeteuerungen eher tatsächlichen Motiven entsprängen, als dem Willen, tatsächlich zu einem engeren Bündnis zu kommen.

Die politischen Kämpfe in Rumänien.

Bukarest. (Funktspruch.) Die Universal meldet, daß Oberst Theodorides, der zu gleicher Zeit wie Manoliescu, aber aus anderen Gründen verbannt wurde, vor Gericht gestellt werden. Er ist u. a. angeklagt, vor 3 Jahren, als der ehemalige Kronprinz Carol das Flugwesen unter sich hatte, in der Angelegenheit der Flieger von Jolkerrungen die Hand im Spiele gehabt zu haben.

Eine neue Regierung in Südmchina.

X Kanton. Eine neue nationalistische Regierung wurde hier unter dem Vorherrschaftscharakter gebildet. Sie wird von den Truppen der Provinz Kuangtung und den Militärlieuten der Familie Sunjatsens unterstützt. Chiangkai-schek, der sich augenblicklich in Japan aufhält, soll den Oberbefehl über das Heer übernehmen. Die neue Regierung beabsichtigt, auf alle Einkünfte Südmchinas die Hand zu legen und sie für ihre Zwecke zu gebrauchen, so daß die Kuangtung-Regierung ohne Mittel bleiben würde. Chiangkai-schek soll ebenfalls alle Beziehungen zu den politischen Gruppen des Kuangtuns abbrechen und sich mit japanischen Ratgebern umgeben oder, falls die Japaner ablehnen, mit russischen. Der Finanzminister der neuen Regierung, Sung, ist ein Bruder der Witwe Sunjatsens.

Neue Regierungen in China.

X Paris. Nach einer Meldung der Agentur Indo-pacifique gibt es in China gegenwärtig neue Regierungen. Es sind das die in Peking, Kanton, Wuban, Kanton, die Regierung der unabhängigen Zone Fengjuhuan, die Regierung in Gersichuan, die der Sowjetrepublik der Mongolei, die der Provinz Yunnan sowie die der unabhängigen Zone der muslimanischen Staaten im nordwestlichen China. Sämtliche Regierungen haben ihre eigenen Armeen und unterhalten insgesamt mehr als 5 Millionen Mann, darunter etwa eine Million ausgebildete und ausgerüstete Soldaten.

Die neuen Bezirke für die Landesarbeitsämter.

X Berlin. Der Vorstand der Reichsanhalt hat am 2. November 1927 nach vorheriger Anhörung der Verwaltungsausschüsse der heute bestehenden Landesarbeitsämter und nach Benehmen mit den obersten Landesbehörden die Grenzen der Landesarbeitsämter endgültig festgelegt.

Darunter umfaßt das Landesarbeitsamt Sachsen den Kreisamt Sachsen.

Durch den Beschluß des Vorstandes werden die heute bestehenden 22 Landesarbeitsämter zu 13 Landesarbeitsämtern zusammengefaßt. Während sonst der Präsident der Reichsanhalt die Ueberleitung der bestehenden Landesarbeitsämter anordnet, hat sich der Vorstand für das Landesarbeitsamt Süddeutschland vorbehalten, durch besonderen Beschluß zu bestimmen, wann die Einrichtung dieses Landesarbeitsamtes, soweit es sich um die Pfalz handelt, durchzuführen ist.

Den bestirftlichen oder sachlichen Besonderheiten einzelner Gebiete will der Vorstand durch Errichtung von Zweinstellen oder Sachabteilungen weitgehend Rechnung tragen.

Politische Tagesübersicht.

Das des Präsidenten Konstantin an den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Herr Reichspräsident hatte dem Präsidenten von Griechenland keine Glückwünsche zum Jubiläum des gegen ihn gerichteten Mordanschlags ausgesprochen. Präsident Konstantin hat darauf umgehend einen aufrichtigen Dank übermittelt.

Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien. Bekanntlich hat der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Gent mehrere Aussprachen mit dem Führer der rumänischen Delegation, die eine Wiederanknüpfung der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen bezwecken, die im Frühjahr nach dem Sturz des Kabinetts Kowrescu abgebrochen und seither nicht wieder aufgenommen sind. Wie wir erfahren, ist damit zu rechnen, daß sich in nächster Zeit ein deutscher Unterhändler nach Bukarest begeben wird, um mit den maßgebenden Stellen wieder Verhandlung zu nehmen.

Das neue Präsidium der Damburgischen Bürgerchaft. In der letzten Sitzung der Damburgischen Bürgerchaft wurde der Sozialdemokrat Bosh mit 154 von 166 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Bürgerchaft gewählt, zum 1. Vizepräsidenten der Kommunist Gundlach mit 86 von 156 abgegebenen Stimmen, zum 2. Vizepräsidenten der Deutschnationalen von Dassel, ebenfalls mit 86 von 156 abgegebenen Stimmen.

Wohnbewegung im Kachener Steinkohlenbergbau. Die wichtigsten sozialen Forderungen im Kachener Steinkohlenbergbau sind von den Arbeitgeberverbänden mit der Begründung abgelehnt worden, daß sie die schon im Juni vom Schlichter bewilligten Lohnerhöhungen nicht hätten tragen können, daß sich die Lage weiter verschlechtert hätte, und daß auch die Teuerung, die im Kachener Bezirk um 25 Prozent zurückgegangen sei, eine Erhöhung nicht rechtfertige.

Ein Salzburger Landesverband des Reichsbundes der Deutscher. Unter der Führung des Generalobersten Dank wurde in Salzburg ein Landesverband des Reichsbundes der Deutscher gegründet, an dessen Spitze Graf Rumbert Ramberg getreten ist. Der Reichsbund der Deutscher ist die offizielle Organisation der österreichischen Monarchisten, die das Wiedererstehen der Habsburger Monarchie im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der 1866 zerfallenen Bande mit dem Deutschen Reich anstrebt.

Um die Wahlen der Abgeordneten Meyer und Hanreich. Nach einer Meldung der Reichsregierung hat das Wahlgericht die von den Abgeordneten Staatssekretär a. D. Meyer und Dr. Hanreich gegen die Klage des Bundes der Bauwirte erhobenen und in deutscher Sprache abgefaßten Einwände mit dem Bescheid zurückgewiesen, daß die Gegenklage entsprechend den Gesetzen des Landes in der Staatsprache abzufassen sei.

Polen will Transilvanien werden. Die polnische Regierung plant den Bau einer Eisenbahnlinie von Thorn nach Bielsk in Ostpolen, das an der Eisenbahnkreuzung von Bielsk nach Presh-Bitow liegt. Die geplante Verbindung soll über Przasnys nach Chrolenska führen und von dort unter Benutzung einer schon vorhandenen Linie den Wehen mit dem Oden Polens verbinden, ohne daß künstlich die Strecke Thorn—Soldan benutzt wird. In der Hauptsache ist die Bahn jedoch als Konkurrenzlinie für den Transilvaner Konigs-Dirschau-Rögnitzberg-Dünaburg gedacht, da die polnische Eisenbahnlinie hofft, die Transporte von Schneidemühl und Stettin für diese Strecke zu gewinnen.

Gedenkstunde für die im Kanton Bern verstorbenen deutschen Internierten. Am kommenden Sonntag wird die Deutsche Kolonie in Bern auf dem Fremdgarten-Friedhof neben den französischen Gräbern einen Gedenkstunde einweihen, für die im Kanton Bern während des Krieges verstorbenen deutschen Internierten, die auf dem Fremdgarten-Friedhof beerdigt wurden.

Bevorstehende Amnestie in Rußland. In Erfüllung des Planes des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion werden am 10. Jahrestage der Oktoberrevolution ein Regierungsausschuß über die Amnestie sowie Gesetze über die Streichung der Schulden der Bauernschaft für Staatsdarlehen und über die Befreiung der unbemittelten Bevölkerung von Steuerlasten veröffentlicht werden.

Der Waffenstillstand in den Vereinigten Staaten. Auf Grund einer Kongressresolution aus dem Jahre 1926 hat der Präsident Coolidge eine Proklamation erlassen, die den 11. November als Waffenstillstandstag festlegt. Er fordert darin das Volk auf, seine Dankbarkeit für den Frieden und den Wunsch nach Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nationen auszudrücken.

Jahrestag der Selbständigkeitsklärung der Ukraine. Am 1. November 1918 erklärten die Ukrainer in der Sowjeto und in Galizien die Unabhängigkeit ihres Staates und übermülligten am 2. November die polnischen Garnisonen. Da aber die Polen von den Franzosen unterstützt wurden, konnten sich die Ukrainer nicht lange halten. Sie zogen sich über den Struth zurück und eroberten Kiow. Jedoch gelang es den Ukrainern nicht, die Unabhängigkeit ihres Staates zu behaupten. Die Sowjetregierung erklärte am 14. März 1923 die polnische Besetzung der Westukraine als zu Recht bestehend an. Heute am neunten Jahrestag ihrer Erhebung veröffentlichten die Ukrainer einen Aufruf in mehreren Sprachen an die Völker Europas, in dem sie mit allen Mitteln für die Befreiung und Wiederaufrichtung ihres Staates zu kämpfen geloben.

Antitalienische Demonstration in Tirana. Nach einer Belgischer Meldung der „Information“ sollen am vergangenen Sonntag in Tirana italienische Kundgebungen stattgefunden haben. Der Zwischenfall soll dadurch hervorgerufen worden sein, daß der italienische Direktor der albanischen Nationalbank eine Kundgebung in der Besetzung des Bankgebäudes anordnete hatte. Von einer großen Menschenmenge gefolgt zog die italienische Jugend vor das Bankgebäude und verlangte, daß die albanische Flagge an ihren alten Platz angebracht werde. Als der Bankdirektor sich weigerte, dieser Forderung nachzukommen, verurteilten die Demonstranten in das Bankgebäude einzudringen. Daraufhin wies der Polizeichef den Bankdirektor an, dem Willen der Demonstranten nachzukommen.

Der Indienflug Rönnekes.

1) Karachi, 2. November. Rönneke ist um 7 Uhr 30 von hier abgeflogen.

2) Kalkutta, 2. November. Ein Flugzeug, von dem man annimmt, daß es das Flugzeug Rönnekes ist, das heute die Stadt überflog und seinen Flug in der Richtung Bangoon fortsetzt.

London. (Funkpruch.) Entgegen des gestrigen Gerüchtes, daß Rönneke bereits Kalkutta überflogen habe, berichtet Reuters aus Kalkutta, daß dort heute (Donnerstag) vormittag 10 Uhr von Rönneke, der am Mittwoch vormittag von Karachi abgeflogen ist, keine neuen Nachrichten vorliegen.

Udet über seine Transoazannflugpläne.

1) Berlin. Der deutsche Piloter Ernst Udet erklärte einem Vertreter von Associated Press, daß er in acht bis zehn Tagen nach Kopenhagen zurückkehre, um die Probe-Flüge mit dem Junkers-Wasserflugzeug, das inzwischen einen neuen Propeller erhalten hat, wieder aufzunehmen. Von dem Ergebnis dieser Probe-Flüge werde es abhängen, ob er noch in diesem Jahre den Versuch eines Fluges nach Amerika unternommen werde. Udet ist mit dem

berühmtesten Werkzeuge damit zu rechnen, daß er und seine Mitarbeiter sich zu weitgehenden künftigen Veränderungen des Flugzeuges entschließen würden mit dem Ziel, den bisher 2400 Meilen betragenden Aktionsradius auf 5000 Meilen zu erhöhen. Wenn man sich für die Vornahme dieser Veränderungen entscheide, werde der Flug bis zum nächsten Frühjahr verschoben werden müssen. Udet führte dazu aus: Die Entfernung von den Azoren nach den Bermudas-Inseln beträgt 2175 Meilen. Bei Verwendung einer Maschine mit einem Aktionsradius von nur 1400 Meilen ist zu wenig Spielraum für mögliche Störungen eines plötzlichen Verfalls des Fluges vorhanden. Als solche können in Betracht: Gegenwind, ungünstiges Wetter und die Schwierigkeit, die winzige Inselgruppe der Bermudas auf der rechten Seite des Ozeans sicher anzufliegen. Das Ziel unseres Unternehmens ist nicht die Durchführung eines reinen Sportfluges, sondern wir wollen den Gedanken des transoazannischen Luftverkehrs seiner Vollendung näherbringen. Deshalb wollen wir uns nicht in einen überhöhten Versuch hineinsteigen lassen. Wie Udet hinausfuhr, bestehen die geplanten künftigen Veränderungen in einer Vergrößerung der Flügelspannweite und in Verbesserungen auf aerodynamischem Gebiet. Weiterhin soll der Zwischenraum zwischen den Schwimmern vergrößert werden, um die Stabilität des Flugzeuges zu verbessern, und der Hauptteil des Benzinvorrats, der bisher in den Flügeln untergebracht war, soll in die Mitte des Flugzeugrumpfs verlegt werden. Udet gab der Ansicht Ausdruck, daß für einen regelmäßigen transoazannischen Flugverkehr der Weg über die Azoren- und Bermudas-Gruppe allein in Betracht komme. „Ich habe“, so fuhr er aus, „die Wetterkarte vom Jahre 1893 studiert und daraus die Ueberzeugung gewonnen, daß der einmal sichere Flugweg der über die Bermudas ist“.

Untergang eines Hochseefleppers in der Danziger Bucht.

1) Danzig. Der mit etwa 800—900 PS ausgerüstete Hochseeflepper „Gornik“ ist nördlich von Rixhöft in der Danziger Bucht gesunken. Wahrscheinlich ist dabei die gesamte Besatzung, die aus zehn Mann bestand, und Leben gekommen. Der Hochseeflepper „Gornik“ mit zwei Seeleutern befand sich auf der Rückfahrt von Danemart zur Weichselmündung. In geringer Entfernung von diesem Schiffsgrund befand sich in der Danziger Bucht auch der polnische Hochseeflepper „Ribal“, ebenfalls mit einem Seeleuter. Blösch sah man vom Hochseeflepper „Ribal“ aus, daß der Schlepper „Gornik“ unterging und eilte zu Hilfe. Es gelang jedoch nicht, irgendjemanden von der Besatzung zu retten.

Prof. Dr. Ing. h. c. Verrens †.

1) Schanahai. An den Folgen einer Operation verstarb der Chef der bekannten Luna-Gli Technischen Hochschule, Professor Dr. Ing. h. c. Verrens. Mit ihm ist einer der bedeutendsten Vertreter der deutschen technischen Wissenschaft im Auslande dahingegangen.

Steigernder Branntweinverbrauch?

1) Berlin. Wie die amtliche Statistik ergibt, hat die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein in ihrem letzten Geschäftsjahr (1. Oktober 1926 bis 30. September 1927) eine Erhöhung ihres Ablasses an Trinkspiritus zu verzeichnen gehabt. Daraus ohne weiteres auf eine Steigerung des Konsums Schluß zu ziehen, wäre jedoch verfehlt. Denn die Steuerstatistik erlaubt den Branntwein nicht in dem Augenblick, wo er verbraucht wird, sondern schon in dem Augenblick, wo er als Rohstoff an den Hersteller von Trinkbranntwein veräußert wird. Bis es dann auf dem Wege über den Fabrikanten und den Händler oder Wirt in den Konsum gelangt, vergehen noch viele Monate, manchmal sogar Jahre. Versteuerte Mengen und konsumierte Mengen decken sich also nur im Verlaufe längerer Zeiträume einigermaßen. Daß sich jetzt der Absatz der Monopolverwaltung so erhöht hat, liegt in der Hauptsache daran, daß im Winter 1926/27 von dem damaligen Reichsfinanzminister Dr. Heinhold versucht wurde, die Branntweinsteuerung um 100 oder 200 Mark je hl Weingeist zu erhöhen. Das hat naturgemäß Fabrikanten und Händler veranlaßt, in größtem Umfang Vorkaufungen vorzunehmen, und da die Ungewißheit über das Schicksal dieser Vorkaufungen sehr lange anhielt, so sind zweifellos auch am Ende des Geschäftsjahres die Väter überall wesentlich größer gewesen als am Anfang. Diese Vorkaufungen dürften der Hauptgrund für die bei der Monopolverwaltung tatsächlich eingetretene Ablagerhöhung sein. Daneben kommt aber auch noch ein anderer Umstand in Betracht. In den Jahren vorher ist sehr viel Branntwein aus trägen Quellen unversteuert in den Verbrauch gelangt. Diese Quellen konnten erzkühlerweise wenigstens teilweise verstopft werden, und es mußte daraufhin naturgemäß auch die Nachfrage bei der Monopolverwaltung steigen. Hierin liegt aber keine Vermehrung des Konsums, sondern nur eine Verchiebung in der Bedarfdeckung.

Filmchau.

Zentraltheater Görlitz: „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Der Film ist einer der allerbesten, den die deutsche Filmindustrie je geschaffen hat; aus einem Subkomponist, in der sozialen Tendenz härter und stärker noch als das dramatische Vorbild, künstlerisch und filmtechnisch hart, gekonnt und wertvoll; eine ganz hervorragende Regieleistung Friedrich Seimitz, der es verstanden hat, Leute wie Willy Haas, der das Manuskript schrieb, Georg Groß, der Figuren zeichnete, Paulang, der fotografierte, Dietrich, der den Moritz Höger spielte, Wegener, der den Dreifüßler und Boos, der den Böder darstellte, sowie ein Ensemble von harten Charaktereuren unter einen Hut zu bringen und zu einer einheitlichen Gesamtleistung zusammenzufassen. Die Musik ist diesem Film und der in ihm sich äußernde Wille zur Kollektivwirkung ist zwar ein Erbe der Russen; aber das verkümmert Seimitz und das Kameramannes Verdienst keineswegs; sie haben nur das Beste von den Russen übernommen, nur das, was zu übernehmen einfach Pflicht des vorwärtsstrebenden Schwärmers ist, und sie haben dem Übernommenen sowohl eigenes Können, soviel Einfälle, Tempo, Mut, Geschmaß und filmisches Fingerfertigkeit hinzugefügt, daß ihre Leistung zu einer großen selbständigen geworden ist. Ein lebendiger Einfall, die Wirkung des Geschehens zu überhöhen durch Einfügung einer Szene des Schwannensordens gegen Armut und Elend, den der Preußenkönig damals bei Geth und schönen Neben stiftete, und dessen aufreißend hohe Wohlstandsgelüste der Lage der hungernden Weber gegenübergestellt ist, flug wirksam und den Wert des Films in historischer Hinsicht außerordentlich verstärkend, die betonte Maschinenfähermer der Weber! Erschütternd echt die Elendbilder; organisch und mutig die treffende und sparsame Einfügung symbolischer Vorgänge. Man kann die mutigen und gekonnten Einzelwerte dieses Films nicht in ein paar Zeilen einbringen, man kann sie nur andeuten.

Sublimum der „Stettiner Abendpost“.

Unlängst des 25-jährigen Bestehens der „Stettiner Abendpost“ hat der Verlag eine 100 Seiten umfassende Jubiläumsummer herausgegeben. Dasselbe enthält eine große Anzahl Beiträge, aus denen zu ersehen ist, daß der Schriftleitung ein Stadtprominenten Persönlichkeiten als Mitarbeiter unterstützend zur Seite steht.

Aus dem reichen Inhalt der Jubiläumsummer seien genannt:

- Oberbürgermeister Dr. Hermann-Stettin: Zum Geseit.
- General d. Inf. a. D. Erzb. v. Hammerstein-Stettin: Vomerns Köhne im Weltkrieg.
- Generalkommandant Dr. Kalms-Stettin: 25 Jahre.
- Prof. Dr. v. d. Holz, Rektor der Universität Greifswald: Universität und Presse.
- Bürgermeister Pie-Stettin: Die Stettiner Wohlfahrtskassen in den letzten 25 Jahren.
- Reichsbahn-Direktionspräsident Hoffe-Stettin: Die Entwicklung des pommerischen Eisenbahnwesens.
- Präsident der Oberpostdirektion Ernst Berner-Stettin: Die Reichspost in der Provinz Pommern.
- Gebietrat Dr. Ortel-Stettin: Stettins Seefahrt und seine Reederzeit.
- Prof. Dr. Martin Wehrmann-Stargard: Pommern in den letzten 25 Jahren.
- Oberförstmeister Hassenstein-Stettin: Pommersche Forstwirtschaft.
- Konful Arthur Kunstmann-Stettin: Stettins Seefahrtverehr in den letzten 25 Jahren.
- Direktor Ferdinand Blume-Stettin: Die Entwicklung der Stettiner Industrie.
- Rudolf Ueberschuer-Stettin: Präsident des Landesfinanzamtes: Steuern und ihre Erhebung.
- Konful Dr. Wilm Hrens-Stettin: Stadtverordnetenarbeit.
- Stadtbaurat Dr. Weisskopf-Stettin: Pommerscher Städtebau.
- Stadlenrat Dr. Blumcke-Stettin: Deutsches Turnertum.
- Branddirektor Sende-Stettin: 25 Jahre Stettiner Feuerwehr.
- Sandikus Ernst Menzel-Stettin: Wandlungen des pommerischen Handwerks.
- Oberlandesgerichtsrat Fischer-Stettin: Recht und Rechtspflege.
- Ratstratsrat Dr. Ringau-Stettin: Stadtverwaltung und Presse.
- Friedhofsdirektor Georg Goring-Stettin: Pommerns Totenbestattung und Bestatteneuerung.
- Kriminaldirektor Wischke-Stettin: 25 Jahre Kriminalpolizei.
- Dr. Otto Runkel-Stettin: Das Schulwesen in Pommern.
- Gartendirektor O. Schulze-Stettin: Die Grün- und Gartenanlagen Stettins.
- Stadtbaurat a. D. Fabricius-Stettin: 25 Jahre Hafen.
- Dr. Einar Schöne-Stettin: Stettins Außenhandel.
- Stadtrat Dr. Erler-Stettin: Die Stettiner Bevölkerungsbewegung.
- Dr. Ramm-Stettin: Die pommerische Landwirtschaftskammer.
- Dr. Krull-Stettin: Der Einzelhandel.
- Transferbündel Hoepfner-Stettin: Die schwarze Kunst.
- Lehrer Heinz Tempelburg: Bildberichterstattung u. Pressephotographie.
- Pastor Lud-Stettin: Die Zeitung im Dienste der Kirche.
- Johs. Kleinpauf-Teplaga: Zeitungsgeschichte in Stettin.
- Stadtkammerer Tubmer-Stettin: Stettiner Finanzpolitik in 25 Jahren und ihre Bedeutung für die Prov. Pommern.
- Pastor Schröder-Stettin: Werkprüfliche.
- Sport in Pommern.

Bermischtes.

Betriebsunfall in einer Zuderfabrik. In der Zuderfabrik Weizenrodan ereignete infolge Blagens eines Siederohres zwei Breslauer Monteure erhebliche Verletzungen. Einer der beiden Monteure stürzte bei dem Vorfall noch von einem Gerüst und trug dabei weitere Verletzungen davon.

Die Verlobung mit dem Hochstapler. Die Tochter eines österreichischen Großindustriellen möchte im Sommer in Ostende die Bekanntschaft eines eleganten Holländers, die zur Verlobung führte. Das Paar fuhr nach Köln, von wo die junge Dame allein zu ihren Eltern nach Wien reisen wollte. Der Bräutigam hatte die Beförderung des Gepäcks besorgt. Nach der Ankunft in Wien stellte die Braut fest, daß aus dem Koffer ihr Brillantschmuck im Werte von 25 000 Fr. verschwunden war. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, daß sie auf einen bekannten internationalen Hochstapler heringefallen war.

Urteil in einem Wildererprozess in Göttingen. Nach fünf Verhandlungstagen wurde gestern in dem großen Wildererprozess, in dem 29 Personen vorwiegend aus Sieberhausen (Solling) wegen Wilderns und 11 Personen wegen Diebstahl unter Anklage standen, das Urteil verkündet. Gegen vier Personen wurde das Verfahren eingestellt; sieben Angeklagte wurden freigesprochen. Wegen gemeinschaftlichen Wilderns wurden 17 Angeklagte zu Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren, zum Teil mit Nebenstrafen, verurteilt. Wegen einfachen Wilderns erhielten fünf Angeklagte geringere Freiheits- oder Geldstrafen. Zwei Angeklagte wurden wegen schweren Diebstahls zu Gefängnis, einer wegen Begünstigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Ein Diebler erhielt ein Jahr Zuchthaus, drei andere Gefängnisstrafen.

Urteil wegen der Meuterei in der Erziehungsanstalt in Göttingen. In dem Prozess gegen zehn Jöglinge der Erziehungsanstalt Göttingen, die am 25. Juli d. J. aus der Göttinger Erziehungsanstalt ausgebrochen waren, nachdem sie vorher zwei Erziehungsleiter niedergeschlagen hatten, wurden von dem Großen Schöffengericht die beiden Rädelführer zu 1 bzw. 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Angeklagte erhielten je 9 Monate Gefängnis, zwei je 6 Monate und ein Angeklagter 5 Monate Gefängnis. Ein Jögling, der das Telefon bewacht hatte, um dessen Benutzung unmöglich zu machen, erhielt 3 Monate Gefängnis, ein anderer, der sich passiv verhalten hatte, wurde freigesprochen.

Verhaftete Weidstranhnader. Der Kriminalpolizei gelang es, mehrere Weidstranhnader festzunehmen. Sechs Kriminalbeamte legten sich in dem Hause, wo sich die Knader als Wildernde eingemietet hatten, auf die Lauer. Der zuerst heimkehrende wurde überumpelt und festgenommen. Als der Zweite kam, hielt dieser einen entladenen Revolver in der Hand, den er abdrückte, als die Beamten aus dem Hinterhalt hervorkamen. Zum Glück verfehlte der Schuß. Mit Diebstahlschlingen wurden weitere Verdächtige festgenommen.

Von einem Haren überfallen. Aus Jäsenitz (Pomm.) wird gemeldet: Eine Gruppe von Jäsenitzern, die in einem Gasthause übernachtete, hatte einen Haren für die Nacht im Hofe an einen Baume gebunden. Als gegen Morgen ein Hader über den Hof in die Gaststube gehen wollte, griff der Hare ihn an und verletzte ihn durch Liebhiebe lebensgefährlich.

Sein eigenes Kind gefoltert. Sein eigenes Kind gefoltert hat der 27-jährige Kaufmann Ernst Stanislaus Paulitsch aus Böhlen, wohnhaft in Neustadt a. d. Odt. Er hat sein fünf Jahre altes Töchterchen, das gleich anderen Kindern auf der Straße läuft, wegen

Der Kampf um Beseitigung der Zuchthausstrafe.

Die Anträge auf Aufhebung der Zuchthäuser abgelehnt.

Berlin. (Funkpr.) Im Strafrechtsausschuss des Reichstages sprach sich heute Donnerstag der Bericht-erhatter Rosenfeld (So.) für die Beseitigung der Zuchthausstrafe aus. Er berief sich dabei auf den Entwurf von Kappeler aus dem Jahre 1922. Es genüge eine Einheitsstrafe. Schon heute bestehe kaum noch ein wesentlicher Unterschied zwischen Gefängnis und Zuchthaus.

Der Mitberichterstatter Dr. Japp (Dp.) trat dem entgegen mit dem Hinweis, daß auch im Kappeler'schen Entwurf zwischen strenger und einfacher Gefängnisstrafe unterschieden worden sei. Wenn man nicht absehe, be- nachteilige man diejenigen, die nur leichte Strafen verdient hätten, gegenüber den schweren Verbrechern.

Ministerialdirektor Dr. Gumbel vom Reichsjustiz- ministerium bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Zuchthausstrafe. Daß diese nicht entbehrt werden könne, ergebe sich schon daraus, daß die Strafen jährlich noch rund 10 000 Zuchthausstrafen be- zugslos, obwohl sie in fast allen Fällen durch Bil- digung milderer Umstände zu Gefängnisstrafen kommen könnten. Der Entwurf des Strafvollzugsgesetzes zeige, daß auch künftig noch deutliche Unterschiede zwischen Gefängnis und Zuchthaus unterhalten werden müssen. Die Unterschiede würden vielleicht dem in der Freiheit Befindlichen gering- fügig erscheinen, für den Gefangenen aber seien sie von höchster Bedeutung.

Ministerialrat Schäfer vom preussischen Justizminis- terium trat im Gegenzug dafür für Abschaffung der Zuchthausstrafe ein. Die Entwicklung gehe zur Einheitsstrafe hin. Wenn Preußen im Reichsrat noch keinen Antrag auf Abschaffung der Zuchthausstrafe gestellt habe, so habe es darauf nur verzichtet, um die Reform nicht zu verzögern. Im Strafvollzugsgesetzentwurf bestehe der Unterschied zwischen Zuchthaus und Gefängnis nur noch in Kleinigkeiten. Praktisch bleibe nur noch die entehrende Wirkung der Zuchthausstrafe bestehen. Diese sei aber nach den Grundgedanken der Strafrechtsreform kaum noch erwünscht.

Abgeordneter Sölllein (Kom.) erwiderte in allen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen einen Anachronismus aus barbarischen Zeiten.

Abgeordneter Dr. Schäfer-Breslau (Dn.) verlangt neben der Gefängnisstrafe noch eine schwerere, die Zuchthausstrafe. Man könne kleinere Verbrechen nicht gleich- stellen mit besonders gemeinen Verbrechen.

Abgeordneter Landberg (So.) sprach sich gegen die Unterzeichnung aus. Durch die Zuchthausstrafe werde dem Täter sein Wiederaufstieg in unangehörtlicher Weise erschwert. Abgeordneter Schetter (Z.) war der Ansicht, daß man auf eine Unterzeichnung zwischen Gefängnisstrafe und Zuchthausstrafe nicht verzichten könne. Der Zweck der Strafe müsse auch abstrafen und Vergeltung sein.

Abg. Frau Lüders (Dem.) war der Ansicht, daß der Name Zuchthaus jede weitere wirtschaftliche Betätigung un- genehmer erschwere.

Abg. Dr. Rosenfeld (So.) betonte, daß die Sozialdemo- kraten für den Fall der Ablehnung ihres Antrages wenig- stens das Wort Zuchthaus abschaffen wollten.

Abg. Dr. Schäfer-Breslau (Dn.): Wir werden für das Wort Zuchthaus stimmen. Würde das Wort „Schweres Gefängnis“ anstelle „Zuchthaus“ treten, so würde es bald denselben Sinn haben. Auch der österreichische Entwurf hat unseren Begriff Zuchthaus übernommen und damit seine Begriffe „Kerker“ und „Schwerer Kerker“ aufgegeben.

Abg. Schulte-Breslau (Zr.) wies darauf hin, daß es doch die Schwere der Strafe ist, die verachtet werden, nicht das Wort Zuchthaus. Man soll doch nicht Ursache und Wirkung verwechseln.

In der Abstimmung wurden die Anträge der Sozial- demokraten und Kommunisten, das Zuchthaus abzuschaffen, abgelehnt. Ebenso wurde auch der sozialdemokratische An- trag auf Änderung des Wortes Zuchthaus abgelehnt.

Dagegen wurde der § 34 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Er lautet: Freiheitsstrafen sind Zuchthaus, Gefängnis und Einsperrung.

Zum Schluß wurde noch ein kommunistischer Antrag abgelehnt, wonach Zuchthausstrafe nur bei nachweisbarer erschwerter Verfassung verhängt werden dürfe.

Weiterberatung Freitag.

Unschonbar bestraft und zwar mußte sich das Kind auf ein Kastenkreuz mit entblößten Beinen legen. Unter das Kreuz hatte der Angeklagte, damit das Kind nicht nachgibt, einen Fettsack gelegt und so die Schamhaare des Kindes verdeckt. Das Kind wurde außerdem mit einem starken hölzernen Stock über das Gesicht, das Gesicht angeknallt und verätzt wurde. Diese grau- samste Behandlung hat Vaulich das Opfer dem Tode angedeihen lassen. Bei einer solchen Behandlung war ein 13-jähriges Kind zugegen, welches erwiderte, daß trotz Frierens des Kindes der Angeklagte völlig abgestumpft sich verhielt und erst später wurde das Kind aus seiner qualvollen Lage befreit. In seiner Verteidigung gibt der Angeklagte an, daß er selbst in seiner Jugend von seinem Vater in dieser Weise gequält worden sei und daß diese Strafmethode in seiner Heimat üblich sei. Der Ange- klagte beantragte drei Monate Gefängnis, der Ver- teidiger hingegen Freisprechung. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Doppelselfmord. In einem Gasthof in Zei- berg wurde ein 30-jähriger Volontär aus Hannover und eine Dame erschossen aufgefunden. Es handelt sich offenbar um einen Doppelfselfmord eines Liebesspaars.

Eine Stütze beim Bau der neuen Dül- selbrücke Rheinbrücke. In der Nacht zum 1. No- vember haben ein Zerkleinerer und ein Arbeiter der im Bau befindlichen neuen Rheinbrücke einen Stützbaum, der etwa diagonal über die Gaisfondede verläuft. Die Ar- beiten an der Brücke sind einstweilen eingestellt worden, bis die Untersuchung der von der Bauleitung entsandten Ingenieure beendet ist. Die Bauleitung vermutet, daß der Stützbaum auf ungleichmäßige Beanspruchung beim Einsetzen infolge unterschiedlicher Bodenbeschaffenheit zurückzuführen ist. Grund zu Besorgnissen erster Art besteht nicht. Ge- richte von einer Vollerprengung entsprechen keineswegs den Tatsachen.

Das neue türkische Kabinett.

Konstantinopel. Das neuorganisierte türkische Kabinett, das wiederum von Ahmet Rıza geleitet wird, weist gegenüber dem bisherigen folgende Veränderungen auf: Innen-: Schükrî Rıza; Finanzen: Sarıoğlu Şakir; der bisherige Finanzminister Muhsin Abdül Halil über- nimmt das Ministerium für Nationalverteidigung und führt einmündigen die Geschäfte des Marine- und Handelsministeriums. Das Marine- und das Landwirt- schaftministerium sollen in engerer Zeit aufgelöst werden. Außenminister Ferid Rıza; Krieg und die anderen Minister haben ihre Posten beibehalten. Der Präsident der Republik hat die Bildung des neuen Kabinetts dem Parlament offiziell mitgeteilt.

Näherung von Piz.

Paris. (Funkpr.) Das meldet aus Rom: Die Näherung der Stadt Piz beginnt heute. Ein Bataillon des 150. Infanterieregiments mit dem Stab be- zieht in Piz Quartier, ein anderes in Reustadt. Des weiteren verließen in der Zeit vom 4. bis 7. November 3 Artilleriebataillone Piz mit Bestimmung Trier.

Letzte Funkprach-Meldungen und Telegramme vom 8. November 1927.

Rein Tränengas für die preussische Polizei.

Berlin. (Funkpr.) Gegenüber Blättermeldungen, wonach Tränengas als Polizeiwaffe für die preussische Polizei in Frage kommen solle, wird den Blättern nach- mals mitgeteilt, daß die preussische Polizei zwar derartige Erfindungen verfolgt, und daß auch das Tränengas in seinen Wirkungen von den maßgebenden Verantwortlichen im preussischen Innenministerium studiert worden ist, daß man aber übereinstimmend der Ansicht gewesen ist, daß für die preussische Polizei diese Gasart nicht in Frage kommt.

Verfasseramt im Reichswirtschaftsministerium.

Berlin. (Funkpr.) An Stelle des zum Mini- sterialdirektor im preussischen Handelsministerium ernannten Ministerialrates Dr. Staubinger ist, wie den Blättern mitgeteilt wird, der bisherige Redakteur der V. A. S. Dr. Wohl als Verfasseramt für das Reichswirtschaftsministerium gewonnen worden.

Der Konflikt in der westpreussischen Textilindustrie.

Berlin. (Funkpr.) Nachdem die Lohnverhandlungen in der westpreussischen Textilindustrie zu keiner Einigung geführt haben, begannen, wie die Kölnische Zeitung aus Warmerden meldet, die Kusthände in einigen Unternehmungen im Wuppertal. Für Freitag ist der Streik der Gummi- bandwirker zu erwarten. Da von den Arbeitgebern die Aussperrung der gesamten Arbeitnehmer für den Fall des Streikes beschlossen wurde, dürften am Sonnabend sämtliche Betriebe des westpreussischen Bezirkes stillstehen, falls es nicht noch in letzter Stunde zu einer Einigung kommt. Von der Aussperrung würden etwa 56 000 Arbeiter betroffen werden.

Die Generaldebatte zum Schulgesetz geschlossen.

Die Linke verläßt den Sitzungssaal.

Die heutige Sitzung des Bildungsausschusses.

Der Bildungsausschuss des Reichstages schloß die all- gemeine Aussprache über das Schulgesetz fort.

Abg. Fleißner (So.) erklärte, die sächsische Schulver- ordnung sei noch vor dem Inkrafttreten der Verfassung vorgenommen worden. Sächsen müsse also als Simultan- schuld anerkannt werden.

Abg. Schulz (So.) verwies auf den Entwurf von 1921, dessen erster Satz lautet: Die Volksschulen sind Gemein- schaftsschulen. Wegen dieses Entwurfs sei von keiner Seite des Reichstages auch nur der geringste Widerspruch laut ge- worden.

Abg. Scheel (So.) machte auf die ablehnende Haltung nicht nur der Opposition, sondern auch von Teilen der Re- gierungsparteien gegen den Reichstagesentwurf aufmerk- sam und fürchte um ihm, daß er die Spaltungen im deut- schen Volk verschlimmere.

Ein Vertreter des Bundes Anhalt lehnte den Entwurf im allgemeinen ab.

Abg. Dr. Schwelke (So.) ist der Meinung, daß der Abg. Rheinländer die verfassungsmäßige Vorgesetztheit der Gemeinschaftsschule zugunsten habe. Er fragt deshalb

Die Lage in Rumänien.

Bukarest. (Funkpr.) Die Agentur Orientradio erklärt, daß die Nachrichten, nach welchen Mitglieder des Regimentsrates sich gegen die Verhaftung Manolescus ausgesprochen hätten und Kundgebungen für die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen Carol im ganzen Lande ver- anstaltet worden wären, jeder Grundlage entbehren.

Die Beschlagnahme Warschauer Zeitungen.

Warschau. Wegen Abdrucks der Meldung der polnischen katholischen Presseagentur über die Verleumdung des Warschauer Erzbischofs Kardinalis Ratowski durch eine polnische Truppenabteilung wurden außer dem Kurier „Warszawski“ noch drei andere Warschauer Zeitungen be- schlagnahmt. In einer amtlichen Meldung der polnischen Telegraphen-Agentur wird behauptet, daß diese Maßregel erlunden sei. Nichtsdestoweniger haben unter dem Ein-

druck des Vorfalles zahlreiche Personen gestern Abend ihre Willensarten abgegeben. Die christlich-nationale „Warta- samianka“ ist überzeugt, daß der Vorfall in der heutigen Sejm-Sitzung zur Sprache gebracht werden wird.

Die Regierung, ob sie ihren Entwurf immer noch als ver- fassungsmäßig betrachte.

Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.) betont ebenfalls noch einmal die verfassungsmäßige Vorgesetztheit der Gemein- schaftsschule.

Staatssekretär Dr. Zweigert bezeugt, ob es zweckmäßig sei, die Frage der Verfassungsmäßigkeit noch weiter zu ver- tiefen, da man nicht wisse, in welcher Gestalt die Vorlage Gesetz werde. Die Regierung behalte sich vor, sich in der Einzeldebatte bei den betreffenden Stellen darüber zu äußern. Die Vorgesetztheit der Gemeinschaftsschule er- kennt der Staatssekretär an. Daß komme aber auch im Entwurf zum Ausdruck. Den Ländern bleibe es unbenom- men, in dieser Hinsicht das Nötige zu bestimmen.

Abg. Rheinländer (Zentr.) tritt für die stichhaltigste Erörterung ein, die in der Volksschule die erste Stellung einzunehmen habe.

Darauf beantragte die Linke, die Sitzung, wie vereinbart, abzubrechen, die Mehrheit beschloß jedoch, weiter zu gehen. Die Abgeordneten der Linken verließen die Sitzung, ihre vorgemerkten Reden wies man sich, jetzt zu lesen.

Daraufhin beschließen die übrigen Parteien, gegen den Protest der Linken, die Generaldebatte zu schließen.

Nächste Sitzung Freitag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

November	Moldau		Eger		Elbe			
	Ra- mal	Wo- bran	Lau- n	Him- burg	Wes- sel	Wes- sel	Wes- sel	Wes- sel
2.	- 4	- 14	- 3	- 2	+ 32	+ 58	- 19	- 159
8.	+ 2	- 64	+ 17	- 4	+ 32	+ 53	- 17	- 162

Verloren Portemonnaie

Inhalt 106.- M. Bitte ges. g. Belohnung abzugeben. Goethestr. 44, I., da es einer franken Frau gehört. Wohl. Zimmer zu verm. Gröbke, Allee 60.

Gut möbl. Zimmer

für eine beruflich tätige Dame sofort gesucht. Angeb. m. Preis unt. 0 708 an das Tageblatt Riesa. Kinderl. Ehepaar sucht einen leeren Raum zum Ausbauen oder ein leeres Zimmer oder ein einfach möbl. Zimmer. W. Goldberg, Wappeler Str. 28, 3.

Witwer verheiraten

mögl. in Gastwirtschaft oder Geschäft. Offerten unter L. W. 57 erb. Ann. Erb. Friedr. Sidmann, Riesa, Sa.

Drucksachen

für den geschäftlichen Verkehr liefert in modernster, sauberster Ausführung die bestingerichtete

Tageblatt-Druckerei

Riesa, Goethestraße 50.

Tausche

3 Z. Räder, neu, gleiche od. kleinere. Tausch auch nach Offend. Genossenschaft. Off. erb. u. N 706 a. b. Tagebl.

Autogarage zu vermieten.

zu vermieten. An erf. im Tagebl. Riesa. Aufwartung nicht unt. 18 Jhr., Frau od. Mädch., f. Tag gesucht. Genossenschaft. Off. erb. u. N 706 a. b. Tagebl.

Wollen Sie zum Film?

Schreiben Sie sofort an H. A. Gennig, Berlin-Grünwald 7. ca. Nach Frankenburg L. Sa. wird ein solches, gebild.

Fräulein als Stütze

für Waisenhaus, gesucht. Bewerber, mit guten Zeug- nissen bevorzugt. Näher bei Hölzer, Langenberg Nr. 29.

Ein eiserner Zylinder

mit Rohr, in gut. Zustand, weg. Platzmang. in ver- f. Näher. Schmitt, S. bart.

Für 17jähr. Mädchen, fleißig, wüßig, ehrlich, wird Stellung gesucht, wo es

losgen lernen

kann. Bedingung: Gute Behandlung. Angaben über Arbeit u. Lohn unt. T 694 a. b. Tagebl. Riesa.

Damen u. Herren

die im Verkauf an Privat- kundlich. Gefahrt, haben, & Vertrieb bekannt. Marken- artikel gel. Bei Eignung nach kurzer Einarbeitung feste Anstellung. Angeb. erbet. an Hof Hofler, Seibitz 96, Rolfstr. 52.

Wer Fileger

mit Fileger (Sport- od. Vertiefungs) schreiben Sie um Auskunft u. Rate. A. B. 240 an „Die- saaleiten & Vogler, Seibitz 0 1. (Rückporto beifügen.)

Bettst. m. Matraze

Bedding u. Weichenstein, 2 Volkerstr. 1, Ebiegel, 2 Paar Herrenschuhen, Größe 39, billig zu ver- kaufen. Hauptstr. 68, 1. (Durchgang.)

Henko
macht hartes Wasser weich
wie Regenwasser!

Kartees Wasser verleiht das Waschen-Kartees Wasser heuert Waschmittel und Schwebel- dung. Geben sie per Berei- tung der Lauge einige Handvoll Henko-Bleich-Soda in den Wasch- kessel, dann haben Sie immer das schönste weiche Wasser!

Henko Bleich-Soda
hergestellt in den Persilwerken

Mitteilungen.
Freibank Poppitz.
 Morgen Freitag nachmittag 1/2 6 Uhr Schweinefleisch, 1/2 Kilogramm 50 Pf.

Restaurant
 Morgen Freitag von 6 Uhr ab
 Schinken in Brotteig, sowie
 Garkartoffeln u. versch. mehr.
 Ergebenst ladet ein
Ernst Thalmann.
 Stattpfeiler finden jeden Tag von 5 Uhr ab
 An- und Abreise. — Umständehalber
 Sonnabends Reiselohn frei.

Gasthof gute Quelle, Niefa.
 Morgen Freitag
grobes Nacht-Schlachtfest.
 Von 6 Uhr ab Wellfleisch, sowie
 alle Schlachtgerichte.
 Ergebenst ladet ein **Hudolf Köhler.**

Hafenschänke Gröba.
 Morgen Freitag
grobes Schlachtfest
 mit musikalischer Unterhaltung.
 Von früh 9 Uhr an Wellfleisch,
 abends die üblichen Schlachtgerichte.
 Schweinefleisch mit Roh und
 Meerrettich. — **Paulaner-God.**
 Hieran ladet ganz ergebenst ein **Johanna Große.**

Gasthof Hindewig.
 Sonnabend, d. 5. Novemb.
Skat-Turnier.
 Anfang 8 Uhr.
 Es ladet freundlichst ein
Lina verw. Niefa.

Bürgerhof.
 Morgen
 Freitag
Schlachtfest.

**Lamms Fleischerei
 Röderau**
 empfiehlt
 Schweinefleisch
 Wb. v. 1.— Mt. an
 handlich. Wurstwaren
 Wb. v. 1.— Mt. an.
 Brauerei-Restaurant
 Röderau.
 Morgen Freitag
Schlachtfest.

**Achtung. Schleswig-Holsteinische
 Molkerei - Saferbutter**
 eigener Erzeugung, täglich frisch, mit 32 ersten
 und Siegerehrenpreisen prämiert, wird täglich
 direkt an Private in Postkolis zu billigen
 Preisen versandt.
 Freie Molkerei Genossenschaft Gattstedt
 (Schleswig-Holstein). Ad. Wilken, Inspektor.

Frühgeschäft. Hasen
 im Fett, getreidigt,
 gebräunt, geteilt
 prima frische geschlachtete
 Gänse (auch geteilt)
 prima junge Gänchen
 prima Kochhühner
 lebende Karpfen
 lebende Schlei
 täglich frische Seefische
 empfiehlt
Carl Hgner, Gröba.

C. Rüdiger
 empfiehlt billigst
 Kautschuk
 Pferdehülle
 Kollwagen
 Wagenverbe
 Eisenbahnen
 Bauarbeiten
 Regelschiffe
 Puppenmöbel
 Säulen
 Strahenzoller
 Schaufenster
 Selbstfabrik
Goethestr. 41

Salat-Körnerchen
 beste Salat-Kartoffeln
 empfiehlt
 Feinstoffhandlung
Hermann Schneider
 Wettinerstraße 27.

Ein hiefiges Spezialgeschäft
 der Textilbranche sucht für sofort eine
zuverlässige Kraft
 für Kontor und als Ausfalls-Raffinerin.
 Angebote unter Angabe der bisherigen
 Tätigkeit unter N 707 an das Tageblatt
 Niefa erbeten.

Dampfbad-Restaurant.
 Zeit von 4. 11. 1908
 Von 10 Uhr ab Wellfleisch, später
 die üblichen Schlachtgerichte.
 Ergebenst ladet ein
Paul Köhler und Frau.

**Trage Schmuck,
 Du gewinnst!**
Moderner Schmuck
 in jeder Preislage und größter Auswahl
 bei
A. Herkner
 Inh.: Johannes Kühnert
 Uhren, Juwelen, Gold- und Silberwaren
 Wettinerstraße 6.

Noch ist es Zeit
 Damen-Kleider, Damen-Mäntel, Damen-Blusen,
 Damen-Pullover, Damen-Wäsche, Herren-Anzüge,
 Herren-Tanz-Anzüge, Herren-Emolins, Herren-
 Cord-Anzüge, Herren-Manchester-Anzüge, Herren-
 Gassen, Herren-Regenmäntel, Herren-Joppen, Herren-
 Winter-Mäntel, Herren-Anzüge, Kinder-Anzüge,
 Bettwäsche, Anleits, Handtücher, Tischtücher, Stuben-
 garnituren, Küchengarnituren, Gardinen,
 Wanduhren, Schiffsuhren u. s. w.
 zu den altbekannten Zahlungen u. zwar gegen
 ganz kleine Anzahlung und wöchentlich von
 1.00 M. an abzahlbar. — Ware wird gleich
 mitgenommen. — Wir bitten um Berücksichtigung
 unseres reichhaltigen Lagers, da wir keine Schau-
 fenster haben. — Ausweis bitte mitbringen.
Berliner Kredit-Gesellschaft „Fortuna“
 Niefa, Bismarckstr. 24. Part. Etz. Rein Laden.
 Vertreter: Sperling.

Die
Tageblatt-Druckerei
 Riesa, Goethestrasse 59
 fertigt schnellstens
 alle Arten
Drucksaachen
 für Geschäfts- und
 Privatbedarf.
 Reichhaltiges Papierlager.
 Eig. Buchbinderei.

**MÖBEL-
 AUSSTELLUNG**
 von kompletten Wohnungs-Einrichtungen
 Fabrikate der weltberühmten Raschovoy-Köbelschik
 Speisezimmer, Herrenzimmer
 Empfangszimmer, Schlafzimmer, Küchen
 sowie Einzelmöbel, Polstermöbel und
 Dekorationen
 Linoleum, Gardinen, Teppiche, Tapeten
 zu äußerst billigen Preisen, auch Teilzahlung
Louis Haubold
 Telefon 111
Riesa Pausitzer Straße 20

Reich an Nährwert



**Edle Speisefette, nussiges gold-
 klares Speiseöl sowie Milch und
 Hühnereigelb sind die Grund-
 stoffe für die Gewinnung von
 Rama Margarine butterfein.**
 Jedes Pfund Rama enthält ge-
 nau soviel Fett wie allerbeste
 Tafelbutter.
 Es gibt keine Margarine, die
 appetitlicher, wohlschmecken-
 der und gehaltvoller ist als

Rama
 MARGARINE
 butterfein
 Die meistgekauftete Margarine-Marke Deutschlands

Schmerz laß nach!
 Reizlose Hühneraugen-
 und Hornhaut-
 Vertilgung.
 Best. Mittel geg. Warzen
 Nur 50 Pfennig.
Doppel-Fußbad Le Ma Na
 verschafft Wohlbehagen
 50 Pfennig.
 Millionenfach bewährt.
 Nur echt mit dem roten
 Namenszug Le Ma Na.
**Central-Drogerie
 Oskar Förster.**

Gesundes Blut
 durch Chemiker
Ehbel's Gesekur
 Packung RM. 2.—
 Medizinal-Drogerie
 R. S. Gensicke.
Pa. Aepfel
 großen Posten Goldbar-
 mänen sowie andere edle
 Sorten in groß. Auswahl.
 festige Birnen
 schone Edelweisse
 verkauft billig
F. Sickert
 Conditoren Meisler, und
 Conditoren Bismarckstr. 28.

Zur Hochzeit
 allen Festen u. Gelegen-
 heiten fertigt Reden,
 Gedichte, Prologe usw.
 schnellstens an
**Geim-Verlag, Redolfzell
 Baden-Badensee.**

Möbel
 neu und gebraucht
 stets billig zu verkaufen
Oskar Messer
 Niefa, Bruckgasse 4.

Weine vom Faß
 Geißelbeerwein, 10 H
 Str. 0.95
 Johannisbeerwein, 10 H
 Str. 1.05
 Rine Montens, kräftig.
 span. Rotwein Str. 1.60
 Zerragone, voll Str. 1.60
 Comos, Original, extra
 Str. 2.00
 Malaga, besonders fein
 Str. 2.00
 empfiehlt
H. Elger, Hauptstr. 19.

**Suche 3000 M. auf
 Neuauflage**
 Su erst. im Tagebl. Niefa.

Alpina
 sind Wecker von
 bester Qualität! Sie
 können in verschie-
 denen Formen, auch
 mit Leuchtblatt,
 geliefert werden.
 Genaues Gehen und
 pünktliches Wecken
 garantiert.
A. Herkner
 Wettinerstraße 6.

Für kalte Tage!
 gefüllt. Gled-Handschuhe,
 Pelz-Handschuhe, Pelz-
 Mäntchen, gefüllte Stoff-
 Handschuhe aus dem
Spezial-Geschäft M. Werner
 Hauptstraße 65.



**nimm
 Erdal**

Deffentliche Gemeindeberordneterung in Rändrich

am 1. November 1927.

Auf Antrag des Herrn Gemeindeberordneten Fischer wurde vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, die Punkte 4 und 5 der nichtöffentlichen Sitzung öffentlich zu verhandeln.

Das Kollegium nahm zunächst Kenntnis von einer Eingabe der Amtshauptmannschaft Grodenhain an das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wegen Bekämpfung der in Rändrich vorhandenen außerordentlichen Wohnungsnot. Dieser Eingabe liegt folgender Vorschlag zugrunde: Ein Rändricher Einwohner hatte im August an die Amtshauptmannschaft Grodenhain eine Beschwerde gerichtet wegen einer Wohnungsnot. Die Amtshauptmannschaft hat diese Angelegenheit der Gemeinde zur Ausprache überlassen. Bei dieser Gelegenheit ist der Amtshauptmannschaft der ganze Stand der Rändricher Wohnungsnot und vor allem die Ursachen derselben eingehend geschildert worden. Die Gemeinde Rändrich hat in den letzten zwei Jahren bei einer Einwohnerzahl von 1077 26 Wohnungen gebaut. Im Jahre 1926 sind von der Wohnungsgenossenschaft 26 Mietwohnungen mit 26 Wohnungen errichtet worden. Auch die Chemische Fabrik von Gendeb hat nach dem Kriege Wohnungen errichtet. Trotzdem hat Rändrich heute noch etwa 140 Wohnungsluchende. Davon ist die Hälfte in Notwohnungen bei Verwandten usw. untergebracht, also ohne jede eigene Wohnung überhaupt. Rändrich hat bisher, was auch die Amtshauptmannschaft beklagt, das Menschenmögliche getan, um die herrschende Wohnungsnot zu bekämpfen. Der Stand der Wohnungsluchenden wird jedoch trotzdem nicht geringer, sondern immer mehr. Dies dürfte auch in den nächsten Jahren so bleiben. Diese Zustände sind auf die Dauer unhaltbar. Die Gemeinde ist von sich aus nicht in der Lage, mehr zu tun als sie bisher schon getan hat. Die in Rändrich herrschenden ungünstigen Wohnungsverhältnisse dürften darauf zurückzuführen sein, daß der Wohnungsbaubau mit der Zunahme der Bevölkerung seit der Inbetriebnahme der Chemischen Fabrik von Gendeb in Rändrich nicht gleichen Schritt gehalten hat. Im Jahre 1900 hatte Rändrich 1268 Einwohner und 218 bewohnte Gebäude mit 314 Haushaltungen. Im Jahre 1926 betrug die Einwohnerzahl 1077, die Zahl der vorhandenen Gebäude 301 und die Zahl der selbständigen Haushaltungen 584, die Zahl der vorhandenen Wohnungen 556. Die Wohnungsluchenden, jedoch, die im Haushalt ihrer Eltern und Verwandten leben, sind als Haushaltungen in der Zahl 584 nicht inbegriffen. Der Bevölkerungszuwachs seit 1900 beträgt 811 Personen, die Zunahme an Gebäuden nur 86, die Zunahme an Wohnungen 22. Es ergibt sich daraus, daß es sich bei den neugebauten Häusern teilweise um Einfamilien-Häuser handelt und daß ein großer Teil Wohnungen in den bereits vorhandenen alten Gebäuden errichtet worden ist. Diese letzteren Wohnungen sind heute fast alle nicht mehr bewohnbar. Im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme sind viel zu wenig dauernd verwendbare Wohnungen geschaffen worden. Da die Gemeinde außerhande ist, augenblicklich mehr aus eigenen Mitteln zu tun, hat sie sich nunmehr an die Amtshauptmannschaft mit dem Ersuchen gewendet, ihr Wege zu zeigen, wie die Wohnungsnot in Rändrich behoben werden kann. Die

Amtshauptmannschaft ist an das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium herangetreten und hat sich dort sehr warm für eine Unterstützung der Gemeinde Rändrich bei der Beseitigung ihrer Wohnungsnot verwendet.

Das Kollegium nahm weiter Kenntnis von dem Stand der Substanz des Herrn und von dem Eintritt des neuen Amtmanns Herrn Gendeb an Stelle des verstorbenen Amtmanns Herrn Rögner.

Auf das Gesuch des Rändricher Vereins für Taubstumme beabsichtigt man, diesem eine Beihilfe von 20.— RM. zu gewähren.

Der 21. Nachtrag zur Gemeindeberordnung betr. Erweiterung der Wertausgabe- und Grundbesitzsteuer wurde einstimmig in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Da von einem Teil der Bewohner der Grundstücke Friedrich-Ebert-Straße die Treppendeckung nicht gebrannt wird, schlug der Vorsitzende vor, die Mieter nochmals anzusprechen, die Hausdecksung auszubrennen. Falls sich die Mieter weigern sollten, würde ein automatischer Zähler eingebaut werden müssen, damit wäre allerdings auch eine Mietsteigerung verbunden. Das Kollegium schloß sich einstimmig diesem Vorschlag an.

Das Gesuch des Kraftwagenbesitzer Diebe in Dresden wegen Einrichtung einer Kraftverkehrslinie Grodenhain-Rändrich soll befürwortet werden.

Der bisherige Hausverwalter des Lorenzischen Gutes, Herr Bantz, fordert eine jährliche Entschädigung von 50.— RM. für die Erledigung der Hausverwaltergeschäfte. Nach kurzer Ausprache wurde einstimmig beschlossen, den Hausverwalterposten überhaupt einzusparen. Die Mieter sollen beschieden werden, daß sie ihre Angelegenheiten in Zukunft bei dem Hausbesitzer Dietrich auszubringen haben.

Das Gesuch des Händlers Kurt Barthold in Rändrich wegen Gewährung eines Darlehens aus der Mietsteuer zum Bau eines Geschäftshauses in Rändrich wurde einstimmig abgelehnt, da die Gemeinde von der Mietsteuer jährlich mindestens ein Vierfamilienwohnhaus errichten muß. Wenn sie Gelder aus der Mietsteuer ausgeben will, so würde es ihr unmöglich sein, ein Vierfamilien-Wohnhaus zu errichten. Sie würde dann auch nicht mehr in der Lage sein, die Mietsteuer selbst zu verwalten, da sie das eben nur kann, wenn sie in der Lage ist, mit Hilfe der Mietsteuer jährlich ein Vierfamilien-Wohnhaus zu errichten.

Weiter ist es auch unmöglich, Mietsteuerermittel zum Bau von Geschäftshäusern auszugeben.

Herr Alfred Ocker in Rändrich hatte eine provisorische Zeichnung über den Bau eines Wohnhauses an der Kurze Straße in Rändrich eingereicht und angefragt, ob die Gemeinde ein Baugesuch nach der vorliegenden Zeichnung befürworten würde, weil er mit seinem Bau in die Hausfluchtlinie der Kurze Straße kommt. Nach kurzer Ausprache wurde einstimmig beschlossen, das Baugesuch zu befürworten.

Die Baugesuche 1. Reinhold Starck, Nordstraße 10, 2. Karl Rath, Hochwasserweg 11, 3. Theodor Krüger, Langenberger Straße 7, 4. Ditto Krante, Am Ufer 13, 5. Friedrich Bartels, Dorfstraße 4, 6. Bruno Roffek, Dorfstraße 35, 7. Hedwig Heide, Hochwasserweg 19, und 8. Karl Adler, Weißner Str. 17, wurden ohne Stellung von Bedingungen einstimmig befürwortet.

Der Vorsitzende, Herr Rende, gab noch folgendes bekannt: Von dem Gemeindeberordneten Herrn Joch ist in der Sitzung geäußert worden, die angegebenen Preise für die Gemeindebauten stimmten nicht. Die Preise lämen dadurch zustande, daß Erwerbslose beschäftigt würden; dadurch würden die niedrigen Preise erzielt. Herr Rende, der Vorsitzende, wurde verwahrt, daß er natürlich einen derartigen Vorwurf nicht machen würde.

Weiter wurde immer wieder im Orte gefragt, was dem Stellvertreter des Bürgermeisters gescheit würde. Herr Rende teilt mit, daß ihm durch Beschluß der Gemeindeberordneten auf Vorschlag des Stellvertreter 2. Stellvertreter Bürgermeisters Herrn Barzels eine monatliche Entschädigung von 150 Mark abzüglich Steuer, also 135 Mark, gewährt werde.

Herr Rende verweist weiter auf den eingeleiteten Revisionsausschuss und fordert energisch eine baldige Nachprüfung der angelegenen Angelegenheit; dadurch wird sich die Dilettanten der gemachten Vorwürfe ergehen. Herr Gemeindeberordneter Joch teilt hierzu mit, daß er Herr Rende habe keinen Vorwurf machen wollen, es habe sich lediglich um ein privates Gespräch mit Herrn Gemeindeberordneter Ebert gehandelt. Er habe nur Fragen gestellt. Herr Gemeindeberordneter Fischer teilt mit, daß auch er von Herrn Joch gehört habe, daß doch jemand ein Interesse an der Verschönerung des Prozesses gegen den Bürgermeister haben müßte. Derartige Handlungswesen seien nicht geeignet, das Ansehen der Gemeinde zu heben, zumal solche Sachen von einem Gemeindeberordneten verbreitet werden. Herr Joch teilt auch hierzu mit, daß er diese Äußerungen nicht in diesem Sinne getan habe. Durch Herrn Gemeindeberordneter Dietrich wird noch mitgeteilt, daß bei den Gemeindefreien Notstandsarbeiten nicht beschäftigt werden, daß vielmehr jeder Arbeiter seinen tarifmäßigen Lohn erhält.

Herr Gemeindeberordneter Rathhaus berichtet noch über die Beschäftigung der Wohnungen in den Gemeindegemeinschaften. Herr Gemeindeberordneter Rende fordert die eingeleitete Kommission auf, das stieren Revisionsgremium vorzunehmen.

Nichtöffentlich wurde weiterverhandelt.

Wenn es wirklich Sonntag sein soll,

dann darf ein guter Kuchen oder eine andere Torten aus Ihrem Tisch nicht fehlen, denn es ist heute nicht anders, probieren und wachschmecken Sie Gutes mit

Dr. Oetker's Backpulver „Bacht“

nach dem neuen feinsten Oetker-Backpulver, Ausgabe F herausstellen. — Die naturreinen Abkömmlinge fertiger Kuchen, Torten, Auflagen lassen sich willkommener Anhalt. Das Backpulver, das Sie auch Nahrung über den vorzüglichen Backpulver „Küchenwunder“ lassen, mit dem Sie auf kleiner Gasheerde kochen können, braten u. kochen können, ist für 15 Pfennig in den einschlägigen Geschäften zu haben oder wenn verfrachtet gegen Einzahlung von Mark



Dr. August Oetker, Bielefeld.

Erkämpftes Glück.

Roman von H. DeTow.

15. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Kennen Sie mich wirklich nicht mehr, Herr Graf? Da ist mein Gedächtnis treuer als das Ihrige; es hat Ihre Gestalt und Ihre Blicke durch alle die Jahre hindurch treu bewahrt, und in dem Wonne von heute erkenne ich deutlich den Jüngling von damals wieder. Wußt ich Ihnen erst meinen Namen nennen? Ruft meine Erscheinung Ihnen gar nichts von den Ereignissen jener Nacht zurück, wo Sie in Knuppshausen Ihr junges Leben unbedenklich in die Schanze schlugen, um ein armes, einsames Mädchen vor einem schrecklichen Schicksal zu bewahren, das vielleicht grausamer als der Tod gewesen wäre?“

Ludwig Günther fuhr in jähem Erstaunen empor. „Leonore Sophie!“ rief er dann. „Wäre es möglich, Sie sind es wirklich?“ Er ergriff mit warmem Druck die Hände der Dame und ließ seine Augen bewundernd über ihre schlanken und doch volle Gestalt schweifen. Was war aus dem scheidenen Mädchen jener Tage geworden! Eine hohe, edle Frauengestalt von geradezu königlicher Haltung und Anmut stand vor ihm. Der kindliche Ausdruck der Blicke von damals war verschwunden, und ein Antlitz mit klassisch schönen und edlen Linien blickte ihm entgegen. Die braunen Augen hatten noch an Glanz gewonnen und erschienen ihm jetzt wie zwei halbe Sterne, die dem einsamen Wanderer von ihrer reinen Höhe trostreich zuglänzen. Leonore Sophie mochte die Gedanken ahnen, welche durch Ludwig Günthers Seele gingen; denn in ihre Wangen stieg allmählich ein feines Rot empor, welches das ruhende Antlitz nur noch mehr verschönte. In lieblicher Bewunderung entzog sie schließlich dem Grafen ihre Hände, welche dieser noch immer festhielt.

„Aber bei allen guten Göttern,“ rief Ludwig Günther dann, „so erklären Sie mir, Fräulein, wie Sie plötzlich auf dieses weltentlegene Eiland kommen?“

„Die Frage möchte ich viel lieber zurückgeben,“ bemerkte die Dame. „Meine Freunde, die wiederzufinden, war kaum größer als meine Überraschung.“

„Nun, so will ich mit meinen Bekannten den Anfang machen,“ erwiderte der Graf. Er trat an die Seite Leonore Sophies und schritt mit dieser langsam wieder zurück in der Richtung, von wo er soeben gekommen war. Dabei entwarf er in großen Zügen ein Bild seines verstorbenen Lebens von dem Tage an, da er von Knuppshausen geschieden. Er sprach mit vollkommener Offenheit. Seine Begleiterin hatte eine Art jugendliche, die ihm das Herz auf die Zunge lockte. Die großen braunen Augen blickten ihn dabei so lug und zugleich so innig und teilnehmend an, daß er, der so lange das Bedürfnis der Mitteilung hatte unterdrücken müssen, es als eine wahre Wohlthat empfand, sich einmal die Seele freisprechen zu dürfen. Er selber noch wußte, wie es geschah, hatte er Leonore Sophie auch schon von der dunklen Wolke gesprochen, die seit den Tagen der Kindheit an seinem Lebenshimmel gestanden.

„Der das Glück gehabt hat,“ so äußerte er sich mit der Bescheidenheit, die ihm unter vier Augen oder in kleineren oder intimen Kreisen eigen war, „unter der Hut liebevoller Eltern aufzuwachsen, der weiß nicht, wie mir so oft zu Mutte gewesen ist, was nicht, was ich gelitten, was ich entbehrt habe. Wohl stand ich unter der Hut der besten, der liebevollsten Großmutter, die mir meine knabenhaften Wünsche des Himmels schon erfüllte, noch ehe ich sie ausgesprochen, und doch beneidete ich nicht selten die Kinder der Bauern oder der Schloßknechte, wenn ich sah, wie sie sich in die Arme

ihrer Mutter und an das Knie ihres Vaters schmiegen und geliebt und gestützt wurden. Ich habe in meinen Kinderjahren keinen einzigen Kuß empfunden. Und als ich älter und verständiger geworden und über mich nachzudenken anfing, allmächtiger Gott, was habe ich gelitten unter dem Druck des Geheimnisses, dessen Dunkel meine Herkunft bedeckte! Früh schon entwickelte sich in mir ein peinliches Ehrgefühl, ein fast übertriebener Stolz, der oft genug aus tausend Wunden blutete, wenn ich mir selbsttäuschend die Möglichkeit vor Augen stellte, daß ich ein wildes Reis sei am alten Stammboame der Herren zu Varel und Knuppshausen. Dabei scheint es, als sollte ich beständig in der Finsternis umhertappen. Dem Hahndi Jstafar, der das Geheimnis meiner Geburt kannte, gebot meine Großmutter Schweigen; der Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg, welcher als einziger Jugendfreund meines Vaters ebenfalls gut unterrichtet zu sein schien, glaubte nicht das Recht zu haben, den Schiler zu lästern; die Großmutter endlich, welche mir volle Klarheit versprochen, sobald die festgesetzte Zeit erfüllt sein würde, hat der Tod dahingerafft, bevor sie ihre Aufgabe zu halten vermochte; nur unbestimmte Hinweise, bloße Fingerzeige von zweifelhaftem Werte sind mir von ihr zugute gekommen. Ja, je mehr ich mich mühe, die verschlungenen Fäden, aus denen das Schicksal das Gewebe meines Lebens hergestellt will, zu entwirren, desto größer werden die Schwierigkeiten, desto dichter verpfligt sich das Rätsel.“

In Kürze deutete er der teilnehmenden Zuhörerin hierauf an, was ihm seine alte Wärterin in Oldenburg berichtet, sowie was Leonore Sophie ihm von der fixen Idee seiner Mutter erzählt hatte. „Aber jetzt,“ fuhr er, sich straff emporrichtend, fort, „jesseln mich keinerlei Rücksichten mehr, ich bin reich, zum mindesten wohlhabend, bin frei und mein eigener Herr, es soll fortan meine Aufgabe sein, meine Mutter ausfindig zu machen, und sollte ich die halbe Welt nach ihr durchsuchen.“

Leonore Sophie nickte bestimmend und drückte dem Hocherregten warm die Hand.

„Aber da plaudere ich und plaudere, erzähle Ihnen bis in alle Einzelheiten die kleinen und feinsten Sorgen meines Lebens und bin nicht sicher, ob Sie Interesse dafür haben. Wer weiß, ob Sie nicht mit größeren und wichtigeren Dingen innerlich vollaus beschäftigt sind.“

„Letzteres ist allerdings der Fall,“ erwiderte Leonore Sophie. „Seitdem mein Vater mir verordnet, an seinem Lebenswerke teilzunehmen, hat sich mein Gesichtskreis erweitert, und es sind stets Dinge von Wichtigkeit, die meine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Aber darum habe ich immer noch für einen alten Freund, dem ich so sehr verpflichtet bin, hinreichendes Interesse übrig. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, Herr Graf, das Sie mir geschenkt haben, das selbe ehrt mich hoch und erfreut mich innig.“

„Ihr Vater,“ rief Ludwig Günther, „ganz recht, er ist ja der geheimnisvolle Meister, dessen Reichen ich am Dute trage, vor dem sich alle Bewohner dieser Gegenden in fast abergläubischer Scheu neigen, als wäre die unscheinbare Straße ein Talisman von geheimnisvoller Kraft und Bedeutung; doch alle meine Versuche, wenigstens dieses Rätsels Lösung zu erfahren, schlagen ebenfalls fehl. So enthalten Sie mir denn das große Geheimnis, Leonore Sophie.“

„Haben Sie Schuld, Graf Günther,“ entgegnete diese ernst, „in wenigen Tagen kommt mein Vater her; ich weiß nicht, daß er Sie in seine Bestrebungen einweihen, Ihr Hilfe für das große, heilige Werk, dem er alle seine Kräfte widmet, zu gewinnen trachten wird.“

„Sie steigern meine Neugierde. Wollen oder dürfen Sie mir nicht mehr sagen?“

„Ich dürfte am Ende wohl,“ entgegnete die Betragte, „aber ich denke, es ist besser, Sie erfahren aus berufenerem Munde, was Sie zu wissen begehren.“

In gehobener und freudiger Stimmung kehrte Ludwig Günther in seine Wohnung zurück. Er hatte für den nächsten Morgen einen Spaziergang mit Leonore Sophie nach dem Ostende der Insel verabredet.

„Sie glauben nicht, wie sehr ich dieses Fleckchen Erde liebe,“ hatte letztere zu ihm gesagt. „Raum angekommen, trieb es mich hinaus. Ich wollte den Strand, die Wogen, die Dünen begrüßen, ihnen zurufen: Leonore Sophie ist wieder da! Hier ist Friede, hier ist Stille. Von den großen Ereignissen der Zeit, den blutigen Weltkämpfen dringt nichts in diese Einsamkeit. Gleichmäßig, in steter Harmonie verfließt die Tage, ein Gefühl der Sicherheit, des Geborgenheits, die Empfindung süßen Friedens lullt auch den stoltesten und verwegentesten Geist ein, so daß er kaum merkt, wie ein Tag sich an den andern reiht und die Zeit dahin eilt, bis die Frist die eine gütige Gottheit ihm gewährt hat, vorüber ist und es Abschied nehmen muß von dieser holden Stätte märchenhaften Verschönerungs.“

„So hatte das junge, schöne Geschöpf geschmämt während ihre braunen Augen immer größer und glänzender wurden und mit umfassendem Rundblick die ganze Szenen ringsum, den verlassenen Strand, die grauen Dünen und das weite, allgewaltige Meer in sich aufzunehmen schienen. Graf Ludwig Günther aber schaute bewundernd auf das liebreizende Mädchen, von dem er kaum mehr wußte als Namen, und eigenartige Gedanken und Empfindungen, wie er sie bisher noch nicht gekannt hatte, wogten durch sein Inneres. Aber es waren Gedanken und Empfindungen froher Art; seine Seele schien ihm ganz erfüllt von einem hellen und warmen Lichte, das auch seine Umgebung verklärte. Natürlich blieb es nicht bei dem einen verabredeten Spaziergang des nächsten Tages vielmehr suchte der Graf die Gesellschaft des Fräuleins, so oft es sich nur tun ließ, auf, und auch Leonore Sophie war offenbar gern mit dem jungen Edelmann zusammen. Die beiden jugendlichen Menschenlinder genossen die goldigen Tage des Herbstes, der Jahreszeit, welche für einen Aufenthalt auf den freieseligen Inseln, wenn das Wetter sich einigermaßen hold erweist, ja am günstigsten ist, mit freudigem Sinn. Das arme, flache Eiland schien ihnen mit romantischen Reizen geschmückt, welche selbst der herzlichsten südlichen Landschaft abgingen. Ohne daß auch nur einer von beiden es ahnte, hatte längst „Gros, der Absteiger, der Götter und Menschen bezwingt,“ um ihre Herzen sein magisches Band geschlungen.

Wie viel ist nicht schon zu allen Zeiten und in allen Sprachen über das mächtige Gefühl, das nach dem Ausdruck eines modernen radikalen Sozialpolitikers neben dem Hunger die Welt regiert, und das die Menschen „Liebe“ nennen, gesprochen und geschrieben worden! Den Dichtern hauchte es ihre schönsten und glänzendsten Verse ein, die Philosophen stellen darüber ihre tiefstimmigsten Erörterungen an. Bei jedem indes äußert sich die Empfindung anders, und die Bezeichnung „Liebe“ ist eigentlich ein Sammelname für eine ganze Galla von Affekten. Loren sind es, welche die Macht des Gros leugnen, oder Stiefkinder der Natur. Glauben Sie, weil ihr Hirn zu arm ist, ihr Herz zu matt schlägt, um die Flammen zu nähren, welche der Gott entzündet, derselbe besähe nicht die Macht, die man ihm zuschreibt und die andere glücklichere Sterbliche in seliger Pein empfinden? Verschieden äußert sich die Liebe bei den einzelnen Staubgeborenen, eines aber ist sicher: Aus geistigen und körperlichen Elementen sich mischend, gewährt sie einen vollen Trunk aus ihrem goldenen Faß; becher nur wenigen auserwählten Menschen; bloß da, wo das Blosliche und das Blosliche in unzerstörbarer Harmonie



Ein Reichskommissar für Reparationen
Staatssekretär a. D. Bergmann.
Die Reparationsangelegenheiten sollen in einem besonderen Reichskommissariat vereinigt werden, das in enger Fühlungnahme mit dem Reichsfinanzministerium, dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium arbeitet und den Verkehr mit dem Reparationsagenten besorgen soll. In Aussicht genommen für diesen Posten ist der frühere Staatssekretär Bergmann, der sich während seiner Tätigkeit in Paris und Berlin viel mit Reparationsangelegenheiten zu beschäftigen hatte.



Der deutschfreundliche englisch-amerikanische Schriftsteller
Frank Harris in Berlin.

Der bekannte englisch-amerikanische Publizist und Schriftsteller Frank Harris ist in Berlin eingetroffen. Er ist den Deutschen kein Unbekannter, denn er war einer der wenigen, die auch während des Krieges ihre deutschfreundliche Haltung in kräftiger Form kundgegeben haben. Harris hat ihn deswegen Amerika zu verlassen. Frank Harris studierte in den 70er Jahren in Heidelberg und Göttingen, ging dann nach Amerika und führte in Mexiko und Brasilien ein regelrechtes Cowboy-Leben. Später gründete er die bekannte englische Zeitung „Evening News“. In Berlin hält er jetzt Vorträge über Shakespeare, Bernard Shaw und über sich selbst.



Der neue Präsident der größten Partei
Frankreichs.

Daladier,
der soeben auf dem Parteitag gewählter neuer Präsident der Radikal-Sozialen (demokratischen) Partei. Er gehört dem linken Flügel an und will das Kartell mit den Sozialisten wieder herstellen, was besonders wegen des bevorstehenden Wahlkampfes wichtig erscheint.

5 Jahre Faschismus.

Die ersten Original-Aufnahmen von den Feiern in Italien.
Im Herbst 1922 unternahm Mussolini seinen Zug nach Rom, der ihn zum Ministerpräsidenten von Italien machte.



Der Duce hält die Festansprache.



Eine kleine Wasserkratte.

Dieser kleine Bube fühlt sich im Wasser sehr wohl, da er schon schwimmen kann, aber auf dem Lande ist er hilflos, denn er hat das Laufen noch nicht gelernt.



50 000 Angehörige der japanischen Armee jubeln dem Diktator zu.



Koreanischer Prinz von Korea mit Gemahlin in Deutschland.

Der letzte Sohn einer tausendjährigen Dynastie.
Unter dem Pseudonym eines Grafen Yi ist der ehemalige Kronprinz von Korea mit seiner Gemahlin in Berlin eingetroffen, wo er im Hotel Adlon Wohnung genommen hat. Der Prinz befindet sich auf einer Europa-Reise und wird sich eine Woche lang hier aufhalten. Nach der Annexion Koreas durch Japan und der Abdankung seines Vaters, des letzten Herrschers aus der Dynastie Yi, ist der heute 30-jährige Prinz im Alter von 10 Jahren von Prinz Hiro, dem damaligen japanischen Generalgouverneur von Korea, nach Japan gebracht und japanisch erzogen worden. Er erhielt den Titel eines japanischen Prinzen und sitzt in Japan als enger Vertrauter der kaiserlichen Familie.

Eingelaut.

Die Verantwortlichkeiten unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die präventive, nicht die über die Verantwortung.)

Die Techniker zu den Angestelltenversicherungswahlen.

Von Fritz Schill, Halle a. S.

Gauvorsteher im Verbands Deutscher Techniker. Nichts wirkt lähmender auf die geistige Arbeitskraft des Menschen als die Sorge. Hierbei ist es gleichgültig, in welcher Gestalt Frau Sorge Einzug in das Leben eines Menschen hält. Sicherlich wird aber die Sorge um den späten Lebensabend die schöpferische Kraft des Menschen am allerstärksten beeinflussen. Der Gedanke, was werden soll, wenn einmal die Arbeitskraft im Interesse der Gesamtheit verbraucht ist und Ersparnisse nicht vorhanden sind, muß auch die härteste Willenskraft im Menschen zerbrechen und fruchtlos in jeder arbeitsfähigen Arbeit unfähig machen. Die verantwortungsbewußten Führer des deutschen Volkes erkennen rechtzeitig die Gefahren, die hieraus dem hart arbeitenden Deutschen drohen und schufen im Jahre 1891 die Invalidenversicherung. Aus dieser Versicherung erhielten die Arbeitnehmer nach Vollendung des 65. Lebensjahres, oder aber bei einer früher eintretenden dauernden Arbeitsunfähigkeit, die aber mindestens 66% Prozent betragen mußte, eine Alters- bzw. Invalidenrente. Wenn auch damals nur ein kleiner Teil der arbeitenden Hoffnungen erfüllt wurde, so bedeutete die Invalidenversicherung für die Arbeiter einen großen Fortschritt. Nicht die gleiche Bedeutung hatte die Invalidenversicherung für die Angestellten. Sie berücksichtigte am allerwenigsten den gefährlichen, nervenaufreibenden und verantwortungsvollen Beruf des Technikers und Werkmeisters und dessen soziale Stellung. Wenn z. B. ein Betriebsingenieur starb, so wurde seiner Witwe nur dann eine Rente gezahlt, wenn sie mindestens 66% Prozent arbeitsunfähig war. Mit anderen Worten: die erkrankte Witwe mußte, wenn sie arbeitsfähig war, nach dem Tode des Mannes irgend eine Tätigkeit, sei es als Wäscherin, irreführen und daraus den eigenen Unterhalt bestreiten. Hieraus mußten unerträgliche Härten entstehen. Zu den letzten Härten führte die Bestimmung über die Gewährung einer Invalidenrente bei eintretender 66%prozentiger Arbeitsunfähigkeit. Wenn hier z. B. ein Konstrukteur durch das tägliche Stundenlange Sehen auf das Zeichenbrett sein Augenlicht so weit schwächte, daß er keine einwandfreie Zeichnung mehr anfertigen konnte, dann war er noch lange keine 66% Prozent arbeitsunfähig. Er war ja auch körperlich noch gesund und man mußte ihm zu einer Arbeitstätigkeit zu übernehmen, wobei er die Augen nicht anstrengen brauchte. Hiernach konnten also Menschen, die unter erheblichem Anstrengungsaufwand für einen hochwertigen Beruf ausgebildet wurden und die dann in jahrelanger Arbeit der Gesamtheit hohe volkswirtschaftliche Werte schufen und dabei berufsunfähig wurden, gezwungen werden, die niedrigsten Arbeiten zu verrichten.

Es war verständlich, wenn schon aus diesen Gründen die Angestellten eine Sonderversicherung verlangten. Demzufolge wurde am 1. Januar 1913 die Angestelltenversicherung durch Gesetz in Kraft gesetzt. Sie räumte mit den oben genannten Härten auf. Die Witwe erhielt ohne Rücksicht auf ihre Erwerbsfähigkeit eine Witwenrente. Der vor dem genannten Konstrukteur würde mindestens 50 Prozent berufsunfähig sein und demzufolge eine Invalidenrente bekommen. Oder ein Betriebsingenieur, der im Betriebe durch Unfall einen Fuß verliert und dadurch 88% Prozent arbeitsunfähig wird, erhält gleichfalls eine Rente aus der Angestelltenversicherung. Denn in der Regel entsprechen 88% Prozent Arbeitsunfähigkeit einer 50prozentigen Berufsunfähigkeit. Wer aber 50 Prozent und mehr berufsunfähig ist, muß inaktiviert werden.

Die Vorteile der Angestelltenversicherung gegenüber der Invalidenversicherung sind erheblich. Der meistaus größte Teil der Angestellten hält deshalb an der Sonderversicherung fest. Nur der Afa-Bund (Verband Deutscher Werkmeister-Vereine und ZFA) tritt für die Verschmelzung der Afa-Bund mit der I. V. ein mit dem Endziel, beide Versicherungen zu einer allgemeinen Volksvorsorge auszubauen. Aus dieser Vorsorge, deren Mittel nicht aus Beiträgen, sondern aus allgemeinen Steuererträgen fließen sollen, soll jedem bedürftigen Staatsbürger, ohne Rücksicht auf Stand und Wert der geleisteten Arbeit, eine Unterstützung in gleicher Höhe gewährt werden. Nun wird jeder denkende Mensch zugeben, daß das verarmte deutsche Volk in den nächsten Jahrzehnten nie so hohe Steuerbeträge aufbringen wird, daß daraus jedem Staatsbürger eine, auch nur für die bestehenden Ansprüche ausreichende Unterstützung gewährt werden könnte. Wenn es aber so ist, dann muß wenigstens den Menschen eine ausreichende Altersvorsorge gesichert werden, die durch ihre aseptische und schöpferische Tätigkeit die Voraussetzungen für die Betätigung der breiten Masse des Volkes schaffen. Daß das Regime in einem hohen Maße von den Technikern abhängt, dürfte auch von den einschichtigen Arbeitern nicht bestritten werden. Es ist eigentlich bedauerlich, daß man heute nur von der modernen Technik spricht, nicht aber an die Technik denkt, die nicht nur im Betriebe, sondern auch zu Hause in mancher schlaflosen Nacht diese moderne Technik erforschen und in die Tat umgesetzt haben. Von den unzahligen kleinen technischen Verbesserungen, die die Ingenieure und Konstrukteure in den Betrieben tagtäglich vornehmen und damit die Produktion stark steigern und verbilligen, also den Wettbewerb auf dem Weltmarkt überhaupt erst möglich machen, wird in der Öffentlichkeit überhaupt keine Notiz genommen. Wer also die hohe Ver-

antwortung für die Lebensnotwendigkeiten anderer Menschen trägt, der sollte auch in der Altersvorsorge besser bedacht werden. Es muß deshalb schon aus diesem Grunde die allgemeine Volksvorsorge abgelehnt werden. Im übrigen würden sich auch die sozialistischen Arbeiter und Angestellten für eine Altersvorsorge bedanken, die die Individualität des einzelnen Menschen ausbeutet und ihnen am späten Lebensabend lediglich einen Almosen gewährt. Es liegt doch nun einmal im Charakter des deutschen Menschen, daß er zu immer höherer und wertvolleren Leistungen fähig ist, wenn er sieht, daß die geleistete Arbeit in irgend einer Form anerkannt wird. Die Angestelltenversicherung, die dem Angestellten im bestimmten Verhältnis zu seinem Einkommen — nicht im Verhältnis zum Wert der geleisteten Arbeit — eine Altersrente gewährt, ist schließlich eine solche Anerkennung. Der Angestellte will also keine Almosen, sondern er will eine ausreichende Altersvorsorge, auf die er auf Grund der geleisteten Beiträge und seiner jahrelangen Arbeit am Volksganzen, sich einen Rechtsanspruch erworben hat.

Daß diese Einstellung nach unten dem arbeitsfähigen Teil der Afa-Bundmitglieder vorhanden ist, haben die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung im Jahre 1921 gezeigt. Die für die Erhaltung der Afa-Bund einsetzenden Hauptauschüsse haben nämlich bei der damaligen Wahl 1921 und der Afa-Bund nur 840 Vertrauensleute bekommen. Aus diesem Grunde werden die Verschmelzungsabsichten in der diesjährigen Wahlperiode verschoben. Man will aber das gleiche Ziel auf Umwegen erreichen, und zwar durch Erhöhung der Leistungen in der Afa-Bund bei gleichbleibenden Beiträgen. Diese Leistungssteigerungen sollen die Leistungsfähigkeit der Afa-Bund herbeiführen und sie so für die Verschmelzung reif machen. Daß das die wahre Absicht ist, beweist allein die erste Forderung des Afa-Bundes auf Erhöhung des Grundbeitrages von 480 auf 720 Mark. Der Afa-Bund weiß sehr wohl, daß die Erhöhung des Grundbeitrages in der Afa-Bund automatisch eine gleiche Erhöhung in der Angestelltenversicherung der Reichsknappschaft nach sich zieht. Das würde bedeuten, daß die Reichsknappschaft, die heute schon ein Defizit von über 5 Millionen Mark hat, und welches sich in jedem Monat um weitere 300 000 Mark erhöht, durch die Erhöhung des Grundbeitrages an 18 000 Bergbauangestelltenrentner pro Monat 878 500 Mark mehr zu bezahlen hätte. Da die Beiträge in der Knappschaft heute die ungeheure Höhe von 12 Prozent erreicht haben — in der Afa-Bund nur 4,75 Prozent — so ist auch eine Deduktion des Mehrbeitrages durch Beitragssteigerung unmöglich. Die Folge davon wäre, daß sich das Defizit in Höhe von 5 Millionen Mark alle 1 1/2 Monate um 1 Million Mark erhöhen würde. Es dürfte nicht schwer sein, auszurechnen, wann die Angestelltenrentner der Reichsknappschaft ihre Rentenabläufe einstellen müßten. Wenn man weiß, daß der Afa-Bund seit Jahren in der Knappschaftspolitik den ausschlaggebenden Einfluß hat, also die jetzt unerträglichen Zustände herbeigeführt haben muß, dann muß in jedem denkenden Menschen der Verdacht aufsteigen, daß er auf dem Wege über die Reichsknappschaft die gesamte Standesversicherung der Angestellten zerstören will.

Die Techniker und Werkmeister sollten deshalb bei den im November stattfindenden Wahlen nur die Listen der im Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereine zusammengefaßten Verbände wählen. Diese Verbände, auf dem Boden der heutigen Weltwirtschaftsordnung stehend, werden die Afa-Bund so ausbauen, daß sie bei ertrocknenen Beiträgen einen reicheren Lebensabend bieten.

Zu den Angestelltenversicherungswahlen.

Der Verbandsauschuss des Zentralverbandes der Angestellten — Ortsgruppe Riesa — bittet uns um Veröffentlichung folgender Aufschrift:

Ihre Notiz in Ihrer Zeitung vom 25. v. Mts. bedarf in einigen Punkten der Richtigstellung, weil sie insoweit den Tatsachen nicht entspricht:
1. Der Afa-Bund ist kein sozialistischer Verband. Der Afa-Bund ist dagegen eine Vereinigung freiergewerkschaftlicher Angestelltenverbände, die für sich, wie auch in ihrer Spitzenvereinigung parteipolitisch nicht gebunden sind.
2. Der Afa-Bund ist kein grundsätzlicher Gegner der Angestelltenversicherung. Der Afa-Bund löst sich in seiner Stellung zur Angestelltenversicherung ausschließlich aus Zweckmäßigkeitsgründen lösen.
3. Der Afa-Bund will nicht die Verschmelzung mit der Invalidenversicherung, weil eine Reichstaatsmehrheit für die Annahme der Bedingungen, die der Afa-Bund bei einer solchen Verschmelzung fordert, nicht zu erwarten ist. Zu diesen Bedingungen gehört vor allem die Uebernahme der jeweils besseren Bestimmungen in jeder der beiden Versicherungsarten.

Dafür, daß eine solche Reichstaatsmehrheit nicht zustande kommt, tragen ausschließlich diejenigen politischen Parteien die Verantwortung, die sich als Vertreter des laien. Hauptauschusses und seiner erst jetzt gebildeten sachlichen Vertreter betrachten können.

4. Der Verbandsauschuss des Hauptauschusses erhebt nicht die Organisationen, die den Ausbau der Angestelltenversicherung wollen. Der Ausbau der Angestelltenversicherung ist vielmehr die dringende Sorge des Afa-Bundes, die sein Wahlprogramm von Anfang bis zu Ende ausfüllt.

Bücher und Zeitschriften.

Bei der Redaktion eingegangen:
Bei der Redaktion eingegangen:
Hans Bahus, Deute, die sich lieben. Ein laienlicher Roman. Gebunden Mark 3.75, in Leinen Mark 5.— (Verlag H. Bergmann, Leipzig). — Wer sich aus Ost und Ostentonsger unterer schneidenden Zeit in eine Kasse der Erlösung flüchten will, dem empfehlen wir dieses köstlich-lustige Buch mit seinen originellen Räusen, seinen überaus komischen Situationen, mit denen sich jeder selbst lachend auseinandersetzen möge. „Deute, die sich lieben“ ist das letzte Buch des vor kurzem jäh und unerwartet verstorbenen humoristischen Schriftstellers Hans Bahus, dessen lustige Erzählungen und witzige Theaterstücke überall großen Beifall gefunden haben. Sein laienlicher Roman, der zu den lustigsten Büchern gehört, die je geschrieben wurden, ist ein Bekenntnis zum Optimismus, ein unerschütterliches Quell von Heiterkeit, Spannung und amüsant bis zur letzten Zeile. Jeder Leser muß diese brotlichen „Deute, die sich lieben“, die trotz mancher Rote ein beneidenswert frohes Leben führen, lieb gewinnen.
Das neue Dageim (64. Jahrg. Nr. 5) ist soeben erschienen und bringt für den Leser und für den Beschauer eine Fülle wertvoller Anregung. Unter vorzüglichen Wiedergaben der Gemälde „Herbstlicher Buchenwald“ von Prof. Peter Paul Müller, „Ein Zimmermann“ von Prof. Becker-Gundahl und „Bergsee“ von Karl Schaefer wird eine ganzseitige Kunstreise geboten. Hinzu kommt ein Bildnis der Goethe-Entel in Almas im Rahmen eines Gedankenaufsatzes von Paul Bura, Etiche und Gemälde zu Max von Boehm Kultur- und kunstgeschichtlicher Plauderei „Der alte Götter“, viele modische Abbildungen und eine Reihe von Bildern zu den jüngsten Beiterreisen in aller Welt. Neben einem spannenden Kapitel des laufenden Romans „Ursula entdeckt Amerika“ von Ann Tiana Lettich steht eine abgelesene Novelle „Das Apfelkündchen“ von Frida Schana. Den „Ramp“ um die neue Musikrichtung „Schilber“ B. Kiesel in sachkundiger Darstellung. Letzte Zeitschrift ein Band prächtiger Zeichnungen und Tabellen über

Rosung im Haushalt. Eine Wundert über das Haushalt der Frau, ein „Lob des Kochens“, „Knechtchen, praktische Hilfe für den Haushalt und andere mehr ermittelten den vielseitigen Inhalt des schönen Buches.
Preis aus dem Verlage. Von Gustav Schneider, H. A. Grotz, 150 S., Einzel Mk. 2.—, Steinhilber-Verlag, und Druckerei-Gesellschaft, Berlin-Neukölln. — Gustav Schneider, der bekanntlich demokratische Reichstagsabgeordnete und Angelegenheitsmann, gibt hier einen interessanten Einblick in die Arbeitsweise des Reichstages und die Ergebnisse dieser Arbeit auf sozialpolitischem Gebiete. Die Briefe, die den Zeitraum der letzten drei Jahre umfassen, stellen in ihrer Materialfülle eine wahre Fundgrube für den Wirtschaftlich- und Sozialpolitiker dar. Die beschriebenen sind hauptsächlich — und das verleiht diesen Aufzeichnungen einen besonderen Reiz — gerade eines Arbeitnehmers einen besonderen Reiz — gerade mit solchen Fragen, die in den Tagesaktualitäten eine weniger ausführliche Behandlung erfahren, und geben so dem Wissenden, der sich über den mehr internen, der Öffentlichkeit nicht immer sichtbar verlaufenden Gang der parlamentarischen Arbeit näher unterrichten will, wertvollen Aufschluß.

Handel und Volkswirtschaft.

In der Berliner Börse war das Geschäft auch am Mittwoch wenig umfangreich bei abnehmenden Kursen. Für die Tendenz spielte die Baisse des Geldmarktes wiederum eine Hauptrolle. Die Beilegung des Diskonts war gering. Am Rentenmarkt waren heimische Renten nur wenig verändert. Staatsanleihen notierte 7 1/2 Prozent. Von den Schiffahrtaktien verlief Norddeutscher Lloyd 1 Proz., Dampf 1 1/2 Prozent. Von den Bankaktien konnten sich die D. Bank behaupten. Am Rentenmarkt waren fast sämtliche Kurse abgeschwächt. Rohwerte waren wenig verlangt. Die Aktien der Farbenindustrie verloren 1 1/2 Prozent. Sehr stark gedrückt waren Elektropapiere, auch Maschinen- und Metallwerte mühten im Kurse nachgeben. Vereingigte Glanzstoff hielten 5 Prozent ein. Der Geld für tägliches Geld war 5 1/2—6 Prozent, für Monatsgeld 8—9 Prozent. Der Privatdiskont wurde für beide Seiten um 0.12 auf 6 1/2 Prozent ermäßigt.

Marktberichte.

Wichtige Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz vom 2. November, nachm. 3 Uhr. Stimmung: ruhig. Weizen, inländ., neu, 74 1/2, kg 261—266, do. — Roggen, inländ., neu, 70 kg 250—260, do. — Sandroggen, neu, 71 kg 264—268, Sommererste, neu 260—275, Wintererste, neu 245—250, Hafer, alt —, do. neu 224—234, Mais 200—205, do. Einquantin 215 bis 225, Weizenmehl 70%, 43.00, Roggenmehl 60%, 39.50, Weizenkleie 15.00, Roggenkleie 15.50, Wiesenheu, drahtgepreßt —, do. neu 8.50, Kleieheu —, Getreide-Stroh, lose —, do. drahtgepreßt 4.50.

Wichtige festgesetzte Preise an der Produkten-Börse zu Berlin am 2. November. Getreide und Mehlarten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märkischer 242—245, pomm. —, Roggen, märkischer 233—237, märkischer, neu —, pomm. —, Gerste, Sommergerste 220—226, neue Wintergerste —, Hafer, märkischer 20—212, silesischer —, Mais, loco Berlin —, Waggon frei Hamburg 191—193, Weizenmehl, pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 31.00—34.25, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 31.50—33.25, Weizenkleie, fr. Berlin 14.50 bis 14.75, Roggenkleie, fr. Berlin 14.75—15.00, Waps 335—340, Weizenst —, Viktoria-Erbsen 52.00—57.00, kleine Speise-Erbsen 55.00 bis 57.00, Futtererbsen 22.00—24.00, Weizenst 21.00—22.00, Weizenst 22.00—24.00, Weizenst 22.00—24.00, Lupinen, blaue 14.00—14.50, gelbe 14.75—15.50, Gerstena, neu —, Waps-Adeln 15.90—16.20, Feinstaden 22.30—22.50, Traden-Schnitzel 10.70—10.80, Soya-Erbsen 20.00—20.40, Kartoffel-Roden 23.60—24.00.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 3. November 1927 zu Dresden.

Preise für 50 kg in Mark.

Schlachtviehgattung und Wertklassen	Reinh.	Schlach.	Gewicht
A. Ochsen (Austrieb 32 Stück):			
1. Vollst., ausgewästete, höchsten Schlachtm.	1. junge	2. ältere	
2. sonstige vollfleischige	1. junge	2. ältere	
3. fleischige			
4. gering genährte			
B. Kühe (Austrieb 35 Stück):			
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes			
2. sonstige vollfleischige oder ausgewästete			
3. fleischige			
4. gering genährte			
C. Mähre (Austrieb 74 Stück):			
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes			
2. sonstige vollfleischige oder ausgewästete			
3. fleischige			
4. gering genährte			
5. halbtier Weiberinder			
D. Ferkel (Halbtieren) (Austrieb — Stück):			
1. vollfleisch., ausgewästete höchsten Schlachtwertes			
2. sonstige vollfleischige			
E. Grosse (Austrieb — Stück):			
mäßig genährte Jungvieh			
Ferkel (Austrieb 610 Stück):			
1. Doppeltender bester Mast			
2. beste Mast- und Saugfäher	80—93	147	
3. mittlere Mast- und Saugfäher	80—86	138	
4. geringe Fäher	70—78	133	
5. geringste Fäher			
G. Schafe (Austrieb 94 Stück):			
1. beste Mastlammmer und jüngere Mastlammmer			
2. Mastlamm			
3. mittlere Mastlammmer, ältere Mastlammmer und gutgenährte Schafe			
4. fleischige Schafvieh			
5. geringgenährte Schafe und Lämmer			
Schweine (Austrieb 372 Stück):			
1. Fettfleisch über 300 Pfd.	67—69	85	
2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd.	64—66	83	
3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pfd.	62—63	83	
4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pfd.	60—61	83	
5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pfd.	55—58	81	
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.			
7. Sauen			

Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächsten gemessenen Preis und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Statt für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Unfallsversicherung, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.
Geschäftsgang: Rinder mittel, Schweine schlecht. Ueberhand: 94 Rinder, davon 23 Ochsen, 28 Kühe, 43 Ferkel, außerdem 38 Schafe.

über den Geschmack läßt sich streiten.
Beim Kornfranz ist diese Frage längst entschieden. Das aus ihm zubereitete Getränk befriedigt alle Ansprüche. Es schmeckt rein und kräftig und ist sehr billig. 100 Tassen aus 1/2 Pfund für 30 Pfg. und dabei gesund wie das tägliche Brot.
Beachten Sie die Zubereitung: 1 Esslöffel voll mit 1 Ltr. Wasser überbrühen, nicht kochen.